



VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 4. März 2018

Anke Tresch, Lukas Lauener und Laura Scaperrotta
unter Mitarbeit von Thomas Milic und Georg Lutz

Lausanne, Aarau, Luzern; April 2018

FORS 
explore.understand.share.

zde |
Zentrum für
Demokratie
Aarau

LINK
INSTITUT

Die VOTO-Studien untersuchen das Stimmverhalten bei eidgenössischen Abstimmungen. VOTO wird von der Schweizerischen Bundeskanzlei finanziert. Die Erhebung und Analysen sind ein Gemeinschaftsprojekt des Forschungszentrums FORS in Lausanne, des Zentrums für Demokratie Aarau (ZDA) und des LINK Instituts in Luzern. Zentral für eine wissenschaftliche Befragung ist die vollständige Transparenz. Deshalb sind die Berichte auf Deutsch, Französisch und Italienisch auf der VOTO-Webseite verfügbar: www.voto.swiss. Die Fragebogen und Rohdaten sind für wissenschaftliche Zwecke frei zugänglich durch das FORS Datenarchiv forsbase.unil.ch.

VOTO Projektverantwortung

Prof. Dr. Georg Lutz, Direktor FORS (georg.lutz@fors.unil.ch)

Prof. Dr. Daniel Kübler, Direktionsmitglied ZDA (daniel.kuebler@zda.uzh.ch)

Prof. Dr. Anke Tresch, FORS (ankedaniela.tresch@fors.unil.ch)

Dr. Thomas Milic, ZDA (thomas.milic@zda.uzh.ch)

PD Dr. Oliver Lipps, FORS (oliver.lipps@fors.unil.ch)

Laura Scaperrotta, FORS (laura.scaperrotta@fors.unil.ch)

Lukas Lauener, FORS (lukas.lauener@fors.unil.ch)

Urs Aellig, LINK (urs.aellig@link.ch)

Matthias Winzer, LINK (matthias.winzer@link.ch)

Mirjam Hausherr, LINK (mirjam.hausherr@link.ch)

Autoren dieser Studie

Anke Tresch, Lukas Lauener und Laura Scaperrotta, FORS
unter Mitarbeit von Thomas Milic, ZDA und Georg Lutz, FORS

Kontakt

VOTO, c/o FORS, Géopolis, 1015 Lausanne

Tel. 021 692 37 30

www.voto.swiss

info@voto.swiss

Übersetzung

Léo Benmenni (F), Francesco Papini (I)

Zitierweise dieses Berichtes

Anke Tresch, Lukas Lauener und Laura Scaperrotta (2018). *VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 4. März 2018*. FORS, ZDA, LINK: Lausanne/Aarau/Luzern.

Inhaltsverzeichnis

1. Die wichtigsten Ergebnisse	4
2. Die Beteiligung	7
3. Die Meinungsbildung.....	11
<i>Die Bedeutung der Vorlagen</i>	<i>11</i>
<i>Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidzeitpunkt.....</i>	<i>12</i>
<i>Die Informiertheit.....</i>	<i>14</i>
<i>Die Informationsgewinnung.....</i>	<i>14</i>
4. Bundesbeschluss «Neue Finanzordnung (NFO) 2021»	16
<i>Die Ausgangslage.....</i>	<i>16</i>
<i>Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen</i>	<i>16</i>
<i>Die Motive.....</i>	<i>18</i>
<i>Die Resonanz der Abstimmungsargumente</i>	<i>20</i>
5. Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren (Abschaffung der Billag- Gebühren)».....	22
<i>Die Ausgangslage.....</i>	<i>22</i>
<i>Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen</i>	<i>22</i>
<i>Die Motive.....</i>	<i>26</i>
<i>Die Resonanz der Abstimmungsargumente</i>	<i>28</i>
Anhang.....	31
<i>Die Datenerhebung</i>	<i>31</i>
<i>Zur Struktur der Stichprobe</i>	<i>32</i>
<i>Zur Gewichtung</i>	<i>32</i>
<i>Zur Inferenz</i>	<i>32</i>
<i>Tabellen.....</i>	<i>33</i>

1. Die wichtigsten Ergebnisse

Nein zu No Billag aus Angst vor Sendeschluss

60 Prozent der Stimmenden glaubten nicht an ein Fortbestehen der SRG ohne Billag-Gebühren. Der Erhalt eines starken Service public in allen Landesregionen im Allgemeinen und der SRG im Besonderen waren denn die Hauptgründe für das deutliche Scheitern der No-Billag-Initiative. Einzig unter Sympathisantinnen und Sympathisanten der SVP legte eine knappe Mehrheit ein Ja in die Urne. Trotz der deutlichen Ablehnung der Initiative wünschen sich 58 Prozent der Stimmenden, dass sich die SRG reformiert und ihr Angebot reduziert. Dies zeigt die Analyse der Befragung von 1'531 Stimmberechtigten im Rahmen der VOTO-Studie zur eidgenössischen Abstimmung vom 4. März 2018. Die Studie wurde von FORS, vom ZDA und dem Befragungsinstitut LINK durchgeführt und von der Bundeskanzlei finanziert.

Am deutlichsten war das Nein zur No-Billag-Initiative in den Anhängerschaften von Grünen, SP, GLP und CVP, die das Volksbegehren mit Nein-Stimmenanteilen zwischen 90 und 84 Prozent wuchtig ablehnten. Entsprechend der Parteiparole erzielte die Initiative bei den SVP-Sympathisierenden zwar eine Ja-Mehrheit. Sie fiel mit 54 Prozent allerdings knapp aus. Ein beträchtlicher Teil der SVP-Anhängerschaft wich von der Parteilinie ab. Personen, die sich linksausser positionieren, lehnten die Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren mit 94 Prozent praktisch unisono ab. Das Anliegen stiess in der politischen Mitte und leicht rechts davon zwar auf mehr Gehör, verfehlte die Mehrheit aber auch dort deutlich (70% bzw. 65% Nein). Lediglich unter Stimmenden, die sich rechtsausser verorten, waren die Meinungen zur No-Billag-Initiative tief gespalten (49% Ja-Anteil).

Ausgerechnet die vielzitierte «Generation Netflix» lehnte die Volksinitiative am deutlichsten ab. Über alle Alterskategorien gesehen war der Ja-Stimmenanteil in der Gruppe der 18- bis 29-Jährigen mit 20 Prozent am tiefsten. Am häufigsten sprachen sich die 40- bis 49-Jährigen für die No-Billag-Initiative aus (40% Ja-Anteil). Die SRG geniesst denn auch landesweit ein grosses Vertrauen: 73 Prozent der befragten Stimmberechtigten bringen ihr ein hohes oder gar sehr hohes Vertrauen entgegen. Weiter gaben 70 Prozent der Befragten an, das TV- oder Radio-Angebot der SRG täglich zu nutzen und 69 Prozent beurteilen die Qualität des angebotenen Programms als gut bis sehr gut.

Unter den Nein-Motiven dominierten der Wunsch nach dem Erhalt eines starken Service public in allen Landesteilen sowie die positive Bewertung der SRG und ihrer Leistungen. 43 Prozent der Nein-Stimmenden gaben ein Motiv im Zusammenhang mit dem Service public als Hauptgrund ihres Stimmentscheids an. Mit 26 Prozent wurden am zweithäufigsten explizit die SRG oder die Qualität ihrer Programme genannt. Für 36 Prozent der Initiativ-Befürwortenden war die Höhe der Billag-Gebühren der ausschlaggebende Grund ihres Entscheids. Ein Viertel äusserte zudem Kritik an der SRG sowie ihren Programmen als Hauptgrund der Initiativannahme. Dagegen wurden libertäre Argumente wie z.B. die Entscheidungsfreiheit bezüglich des eigenen Medienkonsums oder die Befreiung von Zwangsgebühren nur von 17 Prozent der Ja-Stimmenden als erstes genannt.

Den Initiativgegnern ist es gelungen, glaubhaft zu machen, dass bei einem Ja für die SRG Sendeschluss ist. So glaubten 60 Prozent der Stimmenden nicht an ein Fortbestehen der SRG ohne Billag-Gebühren. Trotz des wuchtigen Neins zur No-Billag-Initiative denkt aber eine Mehrheit (58%), dass die SRG zu gross geworden sei und ihr Angebot reduzieren soll. Überraschenderweise nimmt die Zustimmung zu diesem Argument ab, je jünger die Stimmenden sind. Unter den 18- bis 29-Jährigen stimmte eine Minderheit von 42 Prozent dem Argument zu, während es bei den Seniorinnen und Senioren zwei Drittel waren.

SVP-Sympathisierende am kritischsten gegenüber NFO 2021

Die Vorlage zur neuen Finanzordnung 2021 war unumstritten. In keiner einzigen Merkmalsgruppe fand sich eine Mehrheit gegen den Bundesbeschluss. Unter den Parteianhängerschaften waren Sympathisierende der SVP der NFO 2021 gegenüber am kritischsten eingestellt: Ein Drittel von ihnen votierte mit Nein. Die Stimmenden waren sich grossmehrheitlich einig, dass der Bund die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer und der Mehrwertsteuer für die Erfüllung seiner Aufgaben brauche. So pflichteten 89 Prozent diesem Argument bei. Sogar unter den Nein-Stimmenden anerkannte eine Mehrheit von 59 Prozent die Wichtigkeit der beiden Einnahmequellen für den Bund. Das mit 20 Prozent am häufigsten genannte substantielle Hauptargument gegen die NFO 2021 war eine grundsätzliche Abneigung gegenüber Steuern. Den Ja-Stimmenden ging es dagegen in erster Linie darum, die Finanzierung der Bundesaufgaben sowie die Kontinuität der bestehenden Finanzordnung zu sichern (26 bzw. 18% der genannten Hauptgründe).

Mit 54.8 Prozent war die Beteiligung am vergangenen Abstimmungssonntag überdurchschnittlich hoch. Sowohl junge als auch ältere Stimmberechtigte gingen häufiger an die Urne als gewöhnlich, die stärkere Beteiligung betraf somit alle Altersklassen gleichermassen. Dennoch blieb auch am 4. März eine überwiegende Mehrheit der 18- bis 29-jährigen Stimmberechtigten der Urne fern (65%). Im Vergleich zu anderen Abstimmungsvorlagen waren die Stimmenden im Fall der No-Billag-Initiative ausserordentlich gut informiert. Die hohe Informiertheit ist nicht zuletzt der einfach verständlichen und lebensnahen Abstimmungsfrage sowie dem überaus langen und intensiv geführten Abstimmungskampf geschuldet.

Die Abstimmungsvorlagen

An der Abstimmung vom 4. März 2018 hatte das Schweizer Stimmvolk über die Neue Finanzordnung 2021 sowie die Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren (Abschaffung der Billag-Gebühren)» zu befinden. Der Bundesbeschluss über die Neue Finanzordnung 2021 wurde vom Stimmvolk mit einem Ja-Anteil von 84.1% gutgeheissen. Die Volksinitiative zur Abschaffung der Billag-Gebühren wurde hingegen mit einem Nein-Anteil von 71.6% abgelehnt.

Die VOTO-Studie

Die VOTO-Studien sind ein gemeinsames Projekt von FORS, dem ZDA und dem Befragungsinstitut LINK. Finanziert wird VOTO von der Schweizerischen Bundeskanzlei. VOTO wird seit Herbst 2016 anstelle der VOX-Analysen vom Bund in Auftrag gegeben.

Für diese Studie wurden zwischen dem 6.3. und dem 21.3.2018 1'531 Stimmberechtigte per Telefoninterview befragt. 770 Interviews wurden in der Deutschschweiz, 425 in der Romandie und 336 in der italienischsprachigen Schweiz geführt. Alle Befragten wurden zufällig aus dem Stichprobenregister des Bundesamtes für Statistik ausgewählt. Die Befragung dauerte im Durchschnitt 23,2 Minuten.

Die Frageformulierungen, die Erhebungen sowie die Datenanalyse liegen in der alleinigen Verantwortung von VOTO und sie folgen ausschliesslich wissenschaftlichen Kriterien. Befragungen unterliegen einem Stichprobefehler. Dieser variiert in Abhängigkeit von der Anzahl und Verteilung der Befragten.

2. Die Beteiligung

Am 4. März 2018 wurden dem Schweizer Stimmvolk zwei Vorlagen zur Abstimmung vorgelegt: der Bundesbeschluss zur neuen Finanzordnung (NFO) 2021 sowie die eidgenössische Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren (Abschaffung der Billag-Gebühren)» (nachfolgend kurz: No-Billag-Initiative). Bei letzterer beteiligten sich laut (vorläufigen) amtlichen Ergebnissen 54.8 Prozent der Stimmberechtigten. Mit 53.6 Prozent war die Beteiligung bei der NFO-Vorlage nur unwesentlich tiefer. Die Partizipation an diesem eidgenössischen Urnengang liegt deutlich über dem Durchschnitt der vergangenen sieben Jahre, welcher 46.4 Prozent beträgt.¹ Grund für diese überdurchschnittliche Mobilisierung der Stimmbevölkerung war die über mehrere Monate intensiv geführte Kampagne zur No-Billag-Initiative, welche als Zugpferd-Vorlage diente.²

Wie schon bei früheren Urnengängen stieg die Stimmbeteiligung auch am 4. März mit zunehmendem Alter, Bildungsgrad und Einkommen (Tabelle 2-1).

Tabelle 2-1: Beteiligung nach soziodemographischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	n	Cramérs V/ Stich- probenfehler
Total	55	1531	
Alter			V = 0.26***
18-29 Jahre	35	164	+/-7.3
30-39 Jahre	43	133	+/-8.5
40-49 Jahre	46	218	+/-6.6
50-59 Jahre	61	332	+/-5.3
60-69 Jahre	70	316	+/-5.0
70 Jahre und älter	69	368	+/-4.7
Bildungsgrad (Schulabschluss)			V = 0.24***
Ohne nachobligatorische Bildung	34	158	+/-7.4
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	49	650	+/-3.8
Maturität/höhere Berufsbildung	59	306	+/-5.5
Fachhochschule/Uni/ETH	73	412	+/-4.3
Äquivalenzeinkommen			V = 0.19***
1. Quartil (bis 3'500 CHF)	42	336	+/-5.3
2. Quartil (3'501-4'910 CHF)	56	311	+/-5.5
3. Quartil (4'911-6'720 CHF)	60	348	+/-5.2
4. Quartil (>6'720 CHF)	67	284	+/-5.5

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe, für die das Konfidenzintervall (Konfidenzniveau = 95%) auch ermittelt wurde. Um die Signifikanz eines Zusammenhangs zwischen zwei (zumeist) kategorialen Variablen zu überprüfen, wurde jeweils Pearsons Chi-Quadrat-Test verwendet. *** steht dabei für eine Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als einem Promille ($Pr < .001$), ** für eine Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als einem Prozent ($Pr < .01$) und * für eine Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als fünf Prozent ($Pr < .05$).

¹ Vgl. Bundesamt für Statistik, Entwicklung der Stimmbeteiligung bei eidgenössischen Volksabstimmungen:

<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/abstimmungen/stimmbeteiligung.assetdetail.3602770.html>.

² Gemäss dem Abstimmungsmonitor des fög (<http://www.foeg.uzh.ch/de/analyse/alleanalysen/Update-Abstimmungen-vom-4.-M%C3%A4rz-2018.html>) erfuhr die No-Billag-Initiative im Vergleich mit früheren (insgesamt 50 untersuchten) Abstimmungsvorlagen eine überdurchschnittlich starke Resonanz in den Medien. So setzte die Diskussion um die Vorlage bereits mehr als vier Monate vor dem Abstimmungstermin ein und das Thema «No Billag» rangierte von November 2017 bis Februar 2018 stets unter den zehn dominantesten Themen in den Schweizer Medien (Quelle: <http://www.foeg.uzh.ch/de/analyse/medienagenda.html>).

< .05). Um die Stärke des bivariaten Zusammenhangs auszuweisen, wurde das Chi-Quadrat-basierte Assoziationsmass Cramér's V ausgewiesen (auf der Basis der gewichteten Werte). Cramér's V hat einen Wertebereich zwischen 0 (kein Zusammenhang) und 1 (perfekter Zusammenhang).

Verglichen mit Volksabstimmungen in der jüngsten Vergangenheit fällt auf, dass sich dieses Mal sämtliche Alterskategorien in etwa gleichem Umfang stärker beteiligten.³ Jung und Alt wurden folglich gleichermassen überdurchschnittlich zur Abstimmungsteilnahme motiviert. Zu einem anderen Befund kommt die Analyse der Partizipation nach Bildung und Einkommen. Stimmberechtigte ohne nachobligatorische Bildung und wenig Verdienende («1. Quartil») nahmen nur unwesentlich häufiger teil. Bei Fachhochschul- und Universitätsabsolventen sowie Gutverdienenden war die Mobilisierung am vergangenen Abstimmungswochenende indessen deutlich ausgeprägter. Die überdurchschnittliche Mobilisierung fand demnach bei den Gutverdienenden, nicht aber bei den wenig Verdienenden statt. Ausgerechnet letztere waren jedoch von den Abstimmungsthemen, nämlich der für alle Konsumenten gleich hohen Mehrwertsteuer und der einheitlichen Billag-Abgabe pro Haushalt, finanziell am stärksten betroffen. Ebenfalls blieben diejenigen Stimmbürger, die gemäss eigenen Angaben nicht mit ihrem Einkommen auskommen, der Urne mehrheitlich fern.⁴

Der eindeutig stärkste Beteiligungstreiber war das politische Interesse. Politisch hoch Interessierte gingen fast zehnmals häufiger zur Urne als Uninteressierte. Was die Parteien betrifft, vermochte insbesondere die FDP ihre Anhängerschaft zu mobilisieren. Im Vergleich zu anderen Abstimmungen in jüngster Vergangenheit war die Beteiligungsrate unter FDP-Sympathisierenden mit 72 Prozent ausserordentlich hoch.⁵ Dies mag unter anderem mit dem grossen Engagement des der FDP nahestehenden Schweizerischen Gewerbeverbands (SGV) im Abstimmungskampf um die No-Billag-Initiative zusammenhängen. Überdurchschnittlich stark partizipierten auch die Anhängerschaften der CVP, SP und GLP, während die Teilnahmerate bei SVP-Sympathisierenden mit 51 Prozent am geringsten war. Das überraschend deutliche Nein zur No-Billag-Initiative liesse vermuten, dass insbesondere linke Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mobilisiert worden seien. Für diese These gibt es allerdings keine empirische Evidenz. Am vergangenen Abstimmungswochenende nahmen sowohl Personen, die sich links *als auch* rechts der politischen Mitte einstufen, überdurchschnittlich oft teil.⁶

³ Im Vergleich zum letzten eidgenössischen Urnengang im September 2017 war die Stimmbeteiligung am 4. März in sämtlichen Altersklassen zwischen fünf und elf Prozentpunkte höher.

⁴ An der Abstimmung vom 4. März beteiligten sich nur 33 Prozent der Personen, die angaben, dass ihnen ihr Einkommen nicht zum Leben ausreiche. Demgegenüber war die Beteiligung derjenigen, die gut mit ihrem Einkommen auskommen, mit 62 Prozent signifikant höher.

⁵ So betrug die Beteiligung der FDP-Sympathisierenden beispielsweise im September 2017 56 Prozent und im Mai 2017 50 Prozent.

⁶ Im Vergleich zum September 2017 lassen sich für die Abstimmungsteilnahme in den verschiedenen Kategorien der politischen Selbstverortung folgende Differenzen berechnen: «Links (0-2)»: +0 Prozentpunkte; «Links (3,4)»: +13; «Mitte (5)»: +4; «Rechts (6,7)»: +13; «Rechts (8-10)»: +13.

Tabelle 2-2: Beteiligung nach politischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	n	Cramérs V/ Stich- probenfehler
Total	55	1531	
Politisches Interesse			V = 0.45***
sehr interessiert	86	310	+/-3.8
eher interessiert	64	786	+/-3.4
eher nicht interessiert	36	343	+/-5.1
überhaupt nicht interessiert	9	91	+/-6.0
Parteisympathie			V = 0.24***
FDP	72	258	+/-5.5
CVP	58	152	+/-7.9
SP	62	301	+/-5.5
SVP	51	213	+/-6.7
GLP	68	62	+/-11.8
Grüne	55	72	+/-11.6
andere Partei	74	67	+/-10.6
keine	39	374	+/-5.0
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.15*
Links aussen (0-2)	61	106	+/-9.3
Links (3,4)	64	301	+/-5.4
Mitte (5)	48	553	+/-4.2
Rechts (6,7)	62	306	+/-5.4
Rechts aussen (8-10)	64	153	+/-7.6
Vertrauen in die Medien (0-10)			V = 0.24***
sehr gering bis gering (0-4)	39	377	+/-4.9
mittel (5)	56	417	+/-4.8
hoch (6,7)	64	464	+/-4.4
sehr hoch (8-10)	72	246	+/-5.6
Vertrauen in den Bundesrat (0-10)			V = 0.17***
sehr gering bis gering (0-4)	38	119	+/-8.7
mittel (5)	40	157	+/-7.7
hoch (6,7)	60	551	+/-4.1
sehr hoch (8-10)	58	690	+/-3.7

Einen bedeutenden Einfluss auf die Abstimmungsteilnahme übte das Vertrauen in die Schweizer Medien und in die Landesregierung aus. Personen, die den Medien im Allgemeinen und dem Bundesrat ein hohes bis sehr hohes Vertrauen entgegenbringen, waren überproportional im Stimmkörper vertreten. Dasselbe galt im Übrigen auch für das Vertrauen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in die SRG im Speziellen.⁷

⁷ Befragte, welche gegenüber der SRG auf einer Skala von 0 bis 10 ein sehr hohes Vertrauensniveau aufweisen (8-10), beteiligten sich zu 64 Prozent an der letzten eidgenössischen Volksabstimmung. Dagegen betrug die Teilnehmerate unter Personen, die der SRG kaum vertrauen (0-4), lediglich 39 Prozent.

Die VOTO-Analyse untersucht auch die Gründe für die Nicht-Teilnahme an eidgenössischen Urnengängen. Unter den knapp 300 befragten Personen, die angaben, am 4. März der Urne ferngeblieben zu sein, wurde die Verhinderung am häufigsten genannt (35%). Dieses Motiv gehört zusammen mit «Vergessen abzustimmen» üblicherweise zu den häufigsten Gründen der Stimmabstinenz. Letzterer wurde im Vergleich zu früheren Abstimmungen allerdings deutlich weniger oft angegeben (27%). Aufgrund der langen und intensiven Kampagne zur No-Billag-Initiative ist es nicht überraschend, dass der Anteil derer, die schlicht vergessen haben ihre Stimme abzugeben, dieses Mal geringer war. Erstaunlicher ist hingegen, dass ein Drittel der Nicht-Teilnehmenden Desinteresse an den Abstimmungsthemen bekundete. Dieser Wert ist gar der höchste seit Beginn der VOTO-Umfragen im September 2016. Eine Aufschlüsselung nach Sprachregion zeigt, dass das Desinteresse insbesondere in der Deutschschweiz gross war: 36 Prozent gaben dies als Grund ihrer Nicht-Teilnahme an. In der französischsprachigen Schweiz sowie im Tessin waren diese Werte kleiner (27 bzw. 15%). Überdies war das Desinteresse unter Personen, welche über keinen nachobligatorischen Bildungsabschluss verfügen, doppelt so gross (38%) wie unter Universitäts- oder Fachhochschulabgängern (19%). Das am zweithäufigsten genannte Motiv zur Nicht-Teilnahme am vergangenen Abstimmungswochenende war das Gefühl, dass das Abstimmungsergebnis bereits im Vorherein feststand (35%). Tatsächlich war die Annahme der NFO 2021 aufgrund der grossen Einstimmigkeit – keine einzige grössere Partei stellte sich gegen die Vorlage – und des ausbleibenden Abstimmungskampfes von Anfang an klar. Im Falle der No-Billag-Initiative zeichnete sich sowohl in den SRG-Trendumfragen als auch in den Abstimmungsumfragen von Tamedia ein deutliches Scheitern des Anliegens ab.⁸

Tabelle 2-3: Gründe für die Nicht-Teilnahme am Urnengang (in % der Nicht-Teilnehmenden)

Gründe für Nicht-Teilnahme	Anteil (%)
Verhinderung (Ferien, Krankheit, etc.)	35
Das Abstimmungsergebnis war ohnehin klar	35
Desinteresse an Abstimmungsthemen	33
Es kommt auf meine einzelne Stimme nicht an	28
Vergessen abzustimmen	27
Entscheidungsunsicherheit	22
Abstimmungsthemen waren zu kompliziert	19
Abstimmungen ändern ohnehin nichts	18

Die Fallzahl der Nicht-Teilnehmenden beträgt 297. Die Anteile wurden am Total aller materiell Antwortenden errechnet (exkl. weiss nicht/k.A.). Mehrfachnennungen waren möglich.

⁸ Vgl. <http://www.gfsbern.ch/de-ch/Detail/category/srg-trendumfragen-1> für die SRG-Trendumfragen sowie <https://www.tamedia.ch/de/umfragen> für die Abstimmungsumfragen von Tamedia.

3. Die Meinungsbildung

Die Bedeutung der Vorlagen

Befragte, welche an der Abstimmung teilgenommen hatten, wurden gebeten, die Bedeutung der beiden Vorlagen für sie persönlich auf einer Skala von 0 («überhaupt nicht wichtig») bis 10 («sehr wichtig») anzugeben. Dabei wiesen die Stimmenden der NFO 2021 im Durchschnitt einen Bedeutungswert von 6.6 zu. Im Vergleich zum November 2004, als die Stimmbürgerschaft das letzte Mal über eine Verlängerung der Finanzordnung zu befinden hatte, fiel der Wert dieses Jahr deutlich höher aus. Damals massen die Stimmenden der Sicherung der Haupteinnahmequellen des Bundes eine durchschnittliche persönliche Bedeutung von 4.7 bei. Der Volksinitiative zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren wurde mit durchschnittlich 7.6 Punkten eine ausserordentlich hohe Bedeutung zugemessen. Dies entspricht einem der höchsten Bedeutungswerte von Vorlagen in der laufenden Legislatur. Übertroffen wurde die No-Billag-Initiative dabei nur vom fakultativen Referendum über die Altersvorsorge 2020, das im September 2017 zur Debatte stand und eine durchschnittliche persönliche Bedeutung von 7.7 Punkten erzielte.

Tabelle 3-1: Persönliche Bedeutung der Vorlagen (Anteile Bedeutungswahrnehmung in % der Stimmenden)

Bedeutungsniveau	Neue Finanzordnung (NFO) 2021	No-Billag-Initiative
sehr gering (0,1)	3	2
gering (2-4)	16	7
mittel (5)	16	8
hoch (6-8)	45	44
sehr hoch (9,10)	21	40
Total	100	100
Arithmetischer Mittelwert (n)	6.6 (1066)	7.6 (1193)

Bemerkungen: Weiss nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt. Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Hinsichtlich der Bedeutungswahrnehmung der NFO 2021 gibt es keine nennenswerten Differenzen zwischen verschiedenen nach soziodemographischen und politischen Kriterien gebildeten Subgruppen. So massen beispielsweise Frauen und Männer der Vorlage dieselbe durchschnittliche Bedeutung zu und auch die Parteianhängerschaften unterschieden sich nicht signifikant voneinander. Beim Vertrauen in den Bundesrat sind hingegen divergierende Bedeutungswahrnehmungen feststellbar: Während der Landesregierung Misstrauende die Bedeutung der NFO 2021 im Durchschnitt mit 4.9 einstufen, war die Vorlage für Stimmende, die dem Bundesrat ein sehr hohes Vertrauen aussprechen, deutlich wichtiger (7.1).

Der No-Billag-Initiative wurde praktisch in allen Bevölkerungsschichten eine ausserordentlich hohe Bedeutung zugeschrieben. Die Differenzen zwischen Frauen und Männern oder wenig und viel Verdienenden sind äusserst gering und statistisch nicht signifikant. Mit zunehmendem Alter steigen zwar die persönlichen Bedeutungswerte der Volksinitiative tendenziell an, erreichen aber gleichwohl keine statistische Signifikanz.⁹ Obwohl die sprachlichen Minderheiten stärker von den Auswirkungen einer Annahme der No-Billag-Initiative betroffen gewesen wären, unterscheidet sich die Bedeutungszumessung zwischen den Sprachregionen nicht signifikant.

⁹ 18-29-Jährige: 7.3; 30-39-Jährige: 7.4; 40-49-Jährige: 7.7; 50-59-Jährige: 7.6; 60-69-Jährige: 7.9, 70 Jahre und älter: 7.7.

Eine zentrale Rolle für die persönliche Bedeutung der No-Billag-Initiative spielte hingegen die politische Färbung. Stimmende, die sich auf der Links-Rechts-Achse ganz links einstufen (0-2), empfanden die Vorlage als äusserst bedeutsam (8.9). Für Personen, die sich politisch rechts der Mitte verorten (6-10), war die Volksinitiative im Durchschnitt etwas weniger wichtig (7.3). Entsprechend sprachen die Anhängerschaften der Grünen und der SP der No-Billag-Initiative die grösste persönliche Bedeutung zu (8.7 bzw. 8.0), während die Vorlage für Sympathisierende der FDP und der SVP weniger bedeutsam war (je 7.3). Vor dem Hintergrund, dass FDP-Anhängerinnen und -Anhänger am letzten Abstimmungs-sonntag besonders stark mobilisiert worden waren, mag dieser Befund durchaus erstaunen. Ausserdem ging ein zunehmendes Vertrauen in den Bundesrat, in die Medien und in die SRG mit einer signifikant stärkeren Bedeutungsbeimessung einher.¹⁰

Letztlich dienten persönliche Betroffenheit und Einschätzungen zur SRG als wichtige Erklärungsfaktoren der Bedeutungswahrnehmung. Die No-Billag-Initiative stellte für Befragte, die täglich SRG-Programme hören oder schauen, ein wichtigeres Sachgeschäft dar als für Personen, die solche Inhalte weniger als einmal pro Woche konsumieren (7.8 vs. 6.9). Stimmende, die der Meinung waren, dass die SRG auch ohne Billag-Gebühren existieren könne, sprachen der Initiative eine geringere persönliche Bedeutung zu als solche, welche die gegenteilige Ansicht vertraten (7.1 vs. 8.0). Abstimmungsteilnehmende, für die die SRG einen wichtigen Beitrag zum nationalen Zusammenhalt und zur Solidarität mit allen Sprachregionen leistet, massen der Vorlage eine durchschnittliche Bedeutung von 7.8 zu. Demgegenüber war der Bedeutungswert unter Stimmenden, für welche die SRG keinen solchen Beitrag leistet, mit 6.8 deutlich geringer.

Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidzeitpunkt

Behördenvorlagen zu – nicht selten komplexen – Finanzfragen bereiten dem Stimmvolk tendenziell mehr Mühe als bewusst einfach gehaltene Abstimmungsfragen von Volksinitiativen. Das obligatorische Referendum zur Verlängerung der bestehenden Finanzordnung um 15 Jahre bereitete den Stimmenden mehr Verständnisschwierigkeiten als die No-Billag-Initiative. 35 Prozent der befragten Abstimmungsteilnehmerinnen und -teilnehmer gaben an, dass es ihnen eher schwer gefallen sei zu verstehen, worum es ging. Im Vergleich zur letzten NFO-Abstimmung im Jahr 2004, als noch 45 Prozent Verständnisschwierigkeiten bekundeten, sind dies nun deutlich weniger. Die Meinungsbildung zur No-Billag-Initiative fiel einem ausserordentlich hohen Anteil der Stimmenden leicht: 90 Prozent gaben an, dass die Vorlage für sie eher leicht verständlich gewesen sei. Betrachtet man sämtliche Abstimmungen seit 2000 war dieser Wert einzig im Februar 2017 bei der Vorlage zur erleichterten Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern der dritten Generation höher.¹¹ Damals sagten gar 92 Prozent, dass sie keine Mühe mit dem Verständnis der Abstimmungsmaterie hatten.

¹⁰ Die Differenz der durchschnittlichen Bedeutungswahrnehmung zwischen Stimmenden, die dem Bundesrat ein sehr geringes bis geringes Vertrauen entgegenbringen, und solchen, die ihm ein sehr hohes Vertrauen aussprechen, betrug 1.8 Punkte. Im Falle des Vertrauens in die Medien belief sich dieser Unterschied ebenfalls auf 1.8 und für das Vertrauen in die SRG auf 2.2 Punkte.

¹¹ Für die Verständnisschwierigkeit von Vorlagen liegen uns Werte von 2000 bis 2018 vor. Neben dem Maximalwert von 92 Prozent der Stimmenden, denen die Entscheidfindung bei der erleichterten Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern der dritten Generation eher leichtgefallen war, gaben beim Bundesbeschluss über die Jugendmusikförderung und bei der eidgenössischen Volksinitiative «Schutz vor Passivrauchen» (September 2012) jeweils 90 Prozent an, dass die Vorlagen leicht verständlich gewesen seien. Die den Teilnehmenden gestellte Frage hat sich seit September 2016 allerdings leicht geändert. Die VOX-Frage lautete: «Ist es bei [Vorlagentitel] eher leicht oder eher schwer gewesen, sich mit den erhaltenen Informationen ein Bild von den persönlichen Auswirkungen zu machen?». Die entsprechende VOTO-Frage lautet: «Ist es Ihnen bei [Vorlagentitel] eher leicht oder eher schwer gefallen zu verstehen, um was es gegangen ist?».

Tabelle 3-2: Verständnisschwierigkeit (in % der Stimmenden)

Verständnisschwierigkeiten	Neue Finanzordnung (NFO) 2021	No-Billag-Initiative
eher leicht	63	90
eher schwer	35	10
keine Angabe, weiss nicht	2	<1

Bemerkungen: Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen. Anzahl Teilnehmende = 1'234.

Mit zunehmendem Einkommen und Bildungsniveau fiel den Stimmenden das Verständnis der NFO 2021 leichter. Deutschschweizerinnen und Deutschschweizer bekundeten ausserdem deutlich weniger Mühe mit der Vorlage als Stimmende aus der Romandie und aus dem Tessin. Unter Sympathisierenden der GLP war der Anteil derjenigen, die Verständnisschwierigkeiten hatten, mit 15 Prozent am geringsten, in der SVP-Anhängerschaft war dieser Anteil mit 48 Prozent am grössten.

Bei der NFO 2021 entschied sich knapp ein Viertel im letzten Moment. In jüngster Vergangenheit war dieser Wert lediglich bei der Unternehmenssteuerreform III (30%) grösser. Dieser Befund veranlasst zur These, dass die Stimmenden wohl hauptsächlich aufgrund der No-Billag-Initiative an der letzten Volksabstimmung teilgenommen und den Stimmzettel zur NFO sozusagen nebenbei noch ausgefüllt haben. So zeigten die Vorumfragen von Tamedia und der SRG für die NFO-Vorlage auch stets relativ grosse Anteile unentschlossener Stimmbürgerinnen und Stimmbürger.

Tabelle 3-3: Entscheidzeitpunkt (in % der Stimmenden)

Entscheidzeitpunkt	Neue Finanzordnung (NFO) 2021	No-Billag-Initiative
von Anfang an klar	54	64
während dem Abstimmungskampf	22	30
im letzten Moment	24	7
Total (n)	100 (1173)	100 (1203)

Gewichtete Resultate. Weiss nicht-Antworten (max. 1%) wurden nicht berücksichtigt. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Bei der No-Billag-Initiative hingegen stand die Entscheidung für fast zwei Drittel bereits von Anfang an fest. Damit gehört die Volksinitiative zu den Vorlagen mit den höchsten Anteilen Frühentschlossener über die letzten 18 Jahre.¹² Da es sich bei der Abstimmung zur Abschaffung der Billag-Gebühren um eine vergleichsweise einfache Sachfrage handelte, die das alltägliche Leben der Stimmberechtigten direkt betrifft, ist es nicht überraschend, dass die Meinungsbildung grossmehrheitlich leichtfiel und der Stimmentscheid früh getroffen wurde. Im rechten Lager war der Anteil Frühentschlossener rund sechs Prozentpunkte tiefer als im linken. Der Anteil derer, die von Anfang an wussten, wie sie stimmen würden, war in den Anhängerschaften der SP und der Grünen mit 73 bzw. 70 Prozent deutlich höher als unter Sympathisierenden der FDP (59%) und der GLP (49%).

¹² Der Anteil Frühentschlossener war bei folgenden sechs Abstimmungsvorlagen höher: Bistumsartikel (2001), UNO-Beitritt, 36h-Woche, Fristenregelung, Mutter-Kind-Initiative (2002) und erleichterte Einbürgerung der dritten Generation (2017).

Die Informiertheit

Um zu erfassen, wie gut die Stimmenden über das Abstimmungsthema informiert waren, haben wir einen Index entwickelt, der sich aus der Frage nach dem Abstimmungsthema und der Begründung des Stimmenscheids zusammensetzt. Er wurde wie folgt konstruiert: Wer das Abstimmungsthema zu nennen vermochte, erhielt einen Punkt. Wer bei der Frage nach dem Motiv keine substantielle Angabe machte (*weiss nicht, keine Antwort* und «*nicht verstanden/ zu kompliziert*» (o.ä.)) erhielt 0 Punkte. Wer ein allgemeines, nicht-inhaltsbezogenes Motiv oder Empfehlungen angab, erhielt 1 Punkt. Wer ein inhaltliches Motiv angab – unabhängig von der Differenziertheit der Ausführungen – erhielt 2 Punkte. Insgesamt waren demnach maximal 3 Punkte möglich.

Das Informiertheitsniveau der Stimmenden lag im Fall der NFO 2021 bei durchschnittlich 2.2 und für die No-Billag-Initiative bei 2.7 Punkten. Das Vorlagenwissen zur NFO war damit vergleichsweise gering und auf einem ähnlich tiefen Niveau wie beim Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit (September 2017) oder bei der Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» (September 2016). Demgegenüber war die Informiertheit bei der No-Billag-Vorlage äusserst hoch. Ein solch hoher Wert wurde zuletzt bei der Abstimmung zur erleichterten Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern der dritten Generation im Februar 2017 erreicht. Spätentschlossene waren im Vergleich zu Personen, die von Anfang an wussten, wie sie stimmen würden, sowohl bei der NFO 2021 als auch bei der No-Billag-Initiative durchschnittlich schlechter informiert als Frühentschlossene.¹³

Tabelle 3-4: Informiertheit (Anteile in % der Stimmenden)

Informiertheitsniveau	Neue Finanzordnung (NFO) 2021	No-Billag-Initiative
0 Punkte: uninformiert	10	1
1 Punkt	15	4
2 Punkte	26	16
3 Punkte: informiert	50	79
Total	100	100
Arithmetischer Mittelwert (n)	2.2 (1076)	2.7 (1196)

Bemerkungen: Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Die Informationsgewinnung

Die Stimmenden wurden gebeten anzugeben, wie stark sie verschiedene mögliche Informationsquellen nutzten. Tabelle 3-5 zeigt, wie gross der Anteil der Abstimmungsteilnehmenden war, welche die jeweilige Informationsquelle nutzten und in welcher Intensität dies geschah. Für die Berechnung der Nutzungsintensität wurden dabei diejenigen, welche die betreffende Informationsquelle gemäss eigenen Angaben *gar nicht* nutzten, nicht berücksichtigt.

Am häufigsten wurden wie üblich Zeitungsartikel und das Bundesbüchlein zur Information über die Abstimmungsvorlagen herangezogen. 90 bzw. 86 Prozent der Stimmenden nutzten diese Informationsquellen für ihren Entscheidungsfindungsprozess. Mit durchschnittlich 6.3 und 6.4 Punkten auf der Skala von 1 bis 10 war auch die Nutzungsintensität dieser beiden Quellen am höchsten. Ebenfalls fanden Abstimmungssendungen am Fernsehen und Radio, Abstimmungszeitungen und Flyers, Leserbriefe und Leserkommentare sowie Zeitungsinserate bei mehr als zwei Dritteln der Stimmenden Beachtung. Zuerst in der Rangliste der Mediennutzung finden sich Filme und Videoclips im Internet sowie soziale

¹³ Stimmende, die ihre Entscheidung erst im letzten Moment getroffen hatten, erreichten bei der Vorlage zur NFO einen durchschnittlichen Informiertheitswert von 1.8. Bei Frühentschlossenen belief sich dieser Wert auf 2.4. Im Fall der No-Billag-Vorlage stieg das durchschnittliche Informiertheitsniveau zwischen spät- und frühentschlossenen Stimmenden von 2.4 auf 2.8 an.

Medien. Bemerkenswert ist aber, dass sowohl die Nutzungsanteile als auch die Nutzungsintensität dieser beiden Informationsquellen seit Beginn der VOTO-Analysen im September 2016 noch nie so hoch waren. Der frühe Start der Abstimmungskampagne zur No-Billag-Initiative und die Intensität der Debatte waren nicht zuletzt den sozialen Medien zu verdanken, denen eine Art Katalysator-Effekt zukam.¹⁴

Tabelle 3-5: Mediennutzung (in % der Stimmenden, n = 1'177-1'233)

Informationsquelle	Nutzungsanteil in %	Nutzungsintensität
Artikel in Zeitungen	90	6.3
Bundesbüchlein	86	6.4
Abstimmungssendungen am Fernsehen	79	6.1
Abstimmungssendungen am Radio	69	5.5
Abstimmungszeitungen oder Flyers	69	4.8
Leserbriefe in Zeitungen oder Leserkommentare in Internetforen	68	4.9
Inserate in Zeitungen	68	4.5
Strassenplakate	64	3.9
News-Seiten im Internet	62	5.4
Meinungsumfragen	62	4.7
Mitteilungen am Arbeitsplatz	40	4.9
Filme und Videoclips im Internet	40	4.0
Soziale Medien wie Facebook oder Twitter	34	4.5

Gewichtete Resultate. Bemerkungen: Die zweite Spalte («Nutzungsanteil in %») gibt den Anteil Stimmender an, welche die jeweilige Informationsquelle genutzt haben. Die dritte Spalte («Nutzungsintensität») informiert hingegen darüber, wie stark das jeweilige Medium genutzt wurde (arithmetischer Mittelwert der Nutzungsintensität zwischen 1 und 10). Dafür wurden nur die Angaben der tatsächlichen Nutzerinnen und Nutzer des jeweiligen Mediums berücksichtigt.

¹⁴ Zum Abstimmungskampf um die No-Billag-Initiative auf Twitter vgl. Lo Russo und Willi (2018) (<http://www.politan.ch/nobillag/>) oder Rauchfleisch und Vogler (2018) (<http://www.foeg.uzh.ch/dam/jcr:7b9901f5-2942-43e3-b3b3-e1345ae6a62b/%23NoBillag%20auf%20Twitter.pdf>).

4. Bundesbeschluss «Neue Finanzordnung (NFO) 2021»

Die Ausgangslage

Seit beinahe 60 Jahren werden Volk und Stände regelmässig an die Urne gerufen, um das Recht des Bundes zur Erhebung der direkten Bundessteuer und der Mehrwertsteuer (MwSt.) zu verlängern. Diese beiden Steuern stellen knapp zwei Drittel der Einnahmen des Bundes dar und sind damit seine wichtigsten Einnahmequellen. Aufgrund der zeitlichen Beschränkung des Rechts zur Erhebung dieser beiden Steuern bis 2020 hat das Parlament die Verlängerung der neuen Finanzordnung bis Ende 2035 beschlossen. Da der Bundesbeschluss eine Änderung der Verfassung bedingt, unterliegt er dem obligatorischen Referendum und wurde deshalb den Stimmberechtigten am 4. März zur Abstimmung unterbreitet. Die neue Finanzordnung 2021 sah keine Veränderung der Steuersätze vor. Die Vorlage kann als eine Art «Routineabstimmung» charakterisiert werden, die sich in die lange Tradition des Föderalismus und der direkten Demokratie einreihet. Die Vorlage beinhaltete ausserdem die Streichung einer Übergangsbestimmung zur Biersteuer aus der Bundesverfassung, da das entsprechende Gesetz zur Erhebung dieser Steuer am 1. Januar 2007 in Kraft getreten war.

Der Bundesbeschluss ist kaum auf Gegenwehr gestossen. Der Bundesrat sowie das Parlament hatten ihn beide zur Annahme empfohlen; in den beiden Parlamentskammern ohne einzige Gegenstimme. Einzig die kleine libertäre Deutschschweizer Partei up! kämpfte zusammen mit einzelnen Vertreterinnen und Vertretern von SVP, Piratenpartei und Jungliberalen gegen die NFO 2021. Der Abstimmungskampf zeichnete sich daher nur dadurch aus, dass er nicht stattfand. Dies bestätigte sich auch durch die deutliche Annahme der Vorlage an der Urne: 84.1 Prozent der Stimmenden sowie sämtliche Kantone nahmen den Bundesbeschluss an.

Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen

Die neue Finanzordnung 2021 war unbestritten. Der Ja-Stimmenanteil war allerdings aussergewöhnlich hoch: Die Zustimmung zur Vorlage war diesmal über 10 Prozentpunkte höher als bei der letzten Abstimmung zur neuen Finanzordnung im November 2004 (73.8%). In den letzten 20 Jahren wurden nur sechs Vorlagen mit einem höheren Ja-Stimmenanteil angenommen,¹⁵ was ebenfalls Ausdruck des grossen Konsenses bezüglich des Abstimmungsthemas war.

Soziodemographische Merkmale spielten für den Stimmentscheid nur eine untergeordnete Rolle (Tabelle 4-1). Zu den wenigen Merkmalen, hinsichtlich derer sich das Abstimmungsverhalten signifikant unterschied, gehörte der Bildungsgrad: Personen mit einem tertiären Bildungsabschluss (Fachhochschule/Universität/ETH) sowie solche mit einer höheren Berufsbildung oder Maturität, stimmten der neuen Finanzordnung 2021 eher zu als Personen mit einem niedrigeren Bildungsabschluss. Unterschiede zeigen sich auch zwischen Beschäftigten des öffentlichen und privaten Sektors: Beschäftigte des öffentlichen Sektors nahmen den Bundesbeschluss eher an als Angestellte in der Privatwirtschaft (90% vs. 81% Ja-Anteil). Geschlecht, Alter und Einkommen übten dagegen keinen signifikanten Einfluss auf den Stimmentscheid aus.

¹⁵ 07.02.1999: Bundesbeschluss betreffend eine Verfassungsbestimmung über die Transplantationsmedizin: 87.8%. 12.03.2000: Bundesbeschluss über die Reform der Justiz: 86.4%. 02.12.2001: Bundesbeschluss über eine Schuldenbremse: 84.7%. 21.05.2006: Bundesbeschluss vom 16. Dezember 2005 über die Neuordnung der Verfassungsbestimmungen zur Bildung: 85.6%. 11.03.2012: Bundesbeschluss vom 29.09.2011 über die Regelung der Geldspiele zugunsten gemeinnütziger Zwecke (Gegenentwurf zur Volksinitiative 'Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls'): 87.1%. 18.05.2014: Bundesbeschluss vom 19.09.2013 über die medizinische Grundversorgung (Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin»): 88.1%.

Tabelle 4-1: Stimmverhalten nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden, gewichtet)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V/ Standardfehler
Total	84	1076	
Geschlecht			V = n.s.
Männer	82	574	+/-3.1
Frauen	86	502	+/-3.0
Alter			V = n.s.
18-29 Jahre	88	87	+/-6.9
30-39 Jahre	91	83	+/-6.1
40-49 Jahre	85	141	+/-5.9
50-59 Jahre	81	244	+/-4.9
60-69 Jahre	88	246	+/-4.0
70 Jahre und älter	78	275	+/-4.9
Bildungsgrad (Schulabschluss)			V = 0.15*
Ohne nachobligatorische Bildung	80	81	+/-8.8
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	78	435	+/-3.9
Maturität/höhere Berufsbildung	90	227	+/-3.9
Fachhochschule/Uni/ETH	89	331	+/-3.4
Arbeit in der Privatwirtschaft vs. bei der öffentlichen Hand			V=0.12*
Privatwirtschaft	81	585	+/-3.2
Öffentliche Hand	90	360	+/-3.1
Anderes (z.B. gemischt)	81	34	+/-13.5

Im Gegensatz zu den soziodemographischen Kriterien übten politische Merkmale einen stärkeren Einfluss auf das Abstimmungsverhalten aus (Tabelle 4-2). Das Vertrauen in den Bundesrat war für den Stimmentscheid von grosser Bedeutung. Personen, die der Regierung ein sehr grosses Vertrauen entgegenbringen, stimmten deutlich weniger oft «Nein» (8%) als diejenigen, die dem Bundesrat gegenüber am skeptischsten sind (49%). Aufgrund des grossen Konsenses bei dieser Vorlage kann unter Personen, die dem Parlament und den politischen Parteien vertrauen, eine ähnliche Tendenz festgestellt werden. Unter den verschiedenen Parteianhängerschaften gab es keine nennenswerten Differenzen, es herrschte praktisch durchwegs Einstimmigkeit. Einzig unter Sympathisierenden der SVP lag der Ja-Stimmenanteil mit 67 Prozent im Vergleich zu den anderen Parteianhängerschaften zwischen 17 und 23 Prozentpunkte niedriger. Das politische Interesse beeinflusste die Zustimmung zur neuen Finanzordnung ebenfalls. Personen, die angaben, ein starkes Interesse an Politik zu haben, stimmten eher «Ja» (89%) als solche, die sich eher nicht für Politik interessieren (70%).

Tabelle 4-2: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden, gewichtet)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V/ Standardfehler
Total	28	1196	
Vertrauen in den Bundesrat (0-10)			V = 0.32***
sehr gering bis gering (0-4)	51	67	+/-12.1
mittel (5)	68	97	+/-9.4
hoch (6,7)	85	403	+/-3.5
sehr hoch (8-10)	92	505	+/-2.3
Parteisympathie			V = 0.22**
FDP	90	213	+/-4.0
CVP	84	112	+/-6.8
SP	90	230	+/-3.8
SVP	67	145	+/-7.7
GLP	84	51	+/-10.2
Grüne	90	48	+/-8.6
andere Partei	90	48	+/-8.5
keine	83	210	+/-5.1
Politisches Interesse			V = 0.18***
sehr interessiert	89	284	+/-3.7
eher interessiert	86	600	+/-2.8
eher nicht interessiert	70	179	+/-6.7
überhaupt nicht interessiert	51	13	+/-28.3

Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein *Ja* bzw. *Nein* wurden mit einer offenen Frage erhoben. Dabei konnten die Befragten mehrere Gründe nennen. Die genannten Gründe wurden anschliessend nach einem Codeschema manuell codiert und zusammengefasst. Die folgenden Tabellen geben an, wie häufig Gründe als erstes genannt wurden (Erstnennungen bzw. Hauptgrund) und wie häufig die Gründe insgesamt von den Ja- bzw. Nein-Stimmenden (alle Nennungen) genannt wurden.

Bei den **Ja-Motiven** (Tabelle 4-3) war das Hauptargument der Ja-Stimmenden, dass der Bund weiterhin die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer erheben müsse. Mehr als ein Viertel (26%) gaben an, die Finanzierung der Bundesaufgaben sicherstellen zu wollen. Weitere 18 Prozent argumentierten mit der Kontinuität der Finanzordnung und unterstrichen, dass diese seit vielen Jahren gut funktioniere. 10 Prozent begründeten ihre Zustimmung mit dem Mangel an Alternativen im Falle eines Scheiterns der Vorlage. Eines der Hauptargumente des Bundesrates, wonach die Vorlage die heutige Finanzpolitik nicht ändere (keine Steuererhöhungen oder -senkungen), nannten nur vereinzelte Befürwortende (3%).

Inhaltsfremde Motive haben eine wichtige Rolle gespielt. Ein nicht unwesentlicher Teil der Ja-Stimmenden vermochte kein Motiv zu nennen (11%) oder gab an, Stimmempfehlungen gefolgt zu sein (16%). Letztere machen einen aussergewöhnlich hohen Anteil aus. So folgten viele Ja-Stimmende der Empfehlung des Bundesrates (10%), gefolgt von Empfehlungen von Drittpersonen wie Eltern oder Bekannten (4%) sowie von Parteien (2%). Dabei zeigen sich Unterschiede zwischen den Sprachregionen: Befragte im Tessin (23%) und in der Romandie (21%) gaben häufiger an, den Empfehlungen von Bundesrat, Parteien und Drittpersonen gefolgt zu sein, als Deutschschweizerinnen und Deutschschweizer

(14%). Insgesamt nannten 38 Prozent der Ja-Stimmenden keinen inhaltlichen Entscheidgrund.¹⁶ Dies deutet ebenfalls darauf hin, dass der neuen Finanzordnung während der Abstimmungskampagne keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Tabelle 4-3: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Bezug zur Finanzordnung	49		55	
Finanzierung der Bundesaufgaben sichern	26	249	29	282
Kontinuität/Status Quo der Finanzordnung sichern	18	175	20	195
Anderer (allgemeiner) Bezug zur Finanzordnung (eine Verlängerung um 15 Jahre ist ein guter Kompromiss, ich vertraue der Finanzpolitik des Bundes)	5	45	6	61
Empfehlungen (Bundesrat, Parteien, Andere)	16	156	18	175
Bezug zu Steuern	13		18	
Keine Alternativen zur gegenwärtigen Finanzierung	10	99	13	130
Anderer Bezug zu Steuern (die neue Finanzordnung garantiert, dass es weder zu einer Steuererhöhung noch zu einer Umverteilung der Steuerlast kommt, direkte Bundessteuer und Mehrwertsteuer erhalten)	3	28	5	44
Allgemeines (Das erschien mir logisch/gerechtfertigt, normal)	8	80	10	98
Wegen dem Konsens/der Einstimmigkeit (es gab keine Opposition/alle waren einverstanden, es gab keine (Gegen-)Kampagne)	3	27	4	35
Offensichtlich falsche Antwort/Verwechslung	1	7	1	8
Weiss nicht/keine Antwort	11	106	11	106
Total	100	970	117	1132

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen gefragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Fast eines von vier **Nein-Motiven** zielte darauf ab, ein Zeichen zu setzen oder strategisch zu stimmen, um den Nein-Anteil zu erhöhen. 20 Prozent der Gegnerinnen und Gegner gaben an, dass sie generell gegen Steuern sind oder dass der Bund seine Kosten senken und mit Steuergeldern vorsichtiger umgehen solle. 14 Prozent der Nein-Stimmenden nannten als Hauptgrund ihren Wunsch, das Staatswachstum zu bremsen oder die zu lange Dauer des Rechts zur Steuererhebung. Ausserdem konnte ein wesentlicher Teil der Nein-Stimmenden keinen Entscheidgrund nennen (30%). Dieser Anteil ist allerdings tiefer als in der letzten Abstimmung zur neuen Finanzordnung am 28. November 2004 (40%). Der hohe Anteil Nein-, aber auch Ja-Stimmender, die keinen Entscheidgrund angaben, widerspiegelt die oben festgestellte relativ tiefe Informiertheit zur neuen Finanzordnung.

¹⁶ Dieser Prozentsatz ergibt sich aus der Summe der folgenden Kategorien: Empfehlungen, Allgemeines, Konsens/Einstimmigkeit sowie weiss nicht/keine Antwort.

Tabelle 4-4: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Allgemeines (Mag ich nicht, um ein Zeichen zu setzen, um den Nein-Anteil zu erhöhen)	23	25	24	25
Bezug zu Steuern (wir bezahlen zu viele Steuern, zu Beginn war es eine vorübergehende Steuer, ich verstehe nicht, warum sie beibehalten wurde, der Bund soll sparen)	20	22	22	24
Bezug zur Finanzordnung (das Staatswachstum muss gebremst werden, viele Staatsaufgaben sind überflüssig, 15 Jahre sind zu lang)	14	15	18	19
Offensichtlich falsche Antwort/Verwechslung	7	7	7	7
Empfehlungen (Parteien, Andere)	6	6	6	6
Weiss nicht/keine Antwort	30	32	30	32
Total	100	107	106	113

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen gefragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb hier höher als 100 Prozent.

Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Den Befragten wurden verschiedene Pro- und Kontra-Argumente vorgelegt, denen sie zustimmen oder die sie ablehnen konnten (Tabelle 4-5). Relevant für die Analyse dieser Argumente war nicht nur die Zustimmung oder Ablehnung insgesamt, sondern auch welche Argumente die Ja- und Nein-Stimmenden spalteten. Grosse Unterschiede in der Bewertung der Argumente zwischen den beiden Lagern sind Hinweise darauf, dass diese Argumente für den Entscheid besonders relevant waren.

Eines der Hauptargumente für die neue Finanzordnung, wonach der Bund die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer und der Mehrwertsteuer brauche, um auch in Zukunft seine Aufgaben zu erfüllen, erhielt von 89 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger Zuspruch. Bei den Befürwortenden war das Argument unbestritten (95% Zustimmung). Sogar mehr als die Hälfte der Nein-Stimmenden zeigte sich damit einverstanden (59%). Weshalb lehnten sie die Vorlage ab, obwohl sie dem Argument beipflichteten? Stellt man dieses Argument dem ersten Gegenargument entgegen, zeigt sich, dass mehr als zwei Drittel der Nein-Stimmenden, die einverstanden sind, dass der Bund die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer und der Mehrwertsteuer zur Finanzierung seiner Aufgaben braucht, gleichzeitig eine Reduktion der Staatstätigkeit befürworten. Daraus lässt sich schliessen, dass diese Nein-Stimmenden zwar die Finanzordnung im Prinzip akzeptieren, aber dennoch der Meinung sind, dass der Bund weniger Aufgaben wahrnehmen sollte.

Dieselbe Tendenz zeigt sich für das Argument, wonach die neue Finanzordnung eine Fortsetzung des Status Quo sei und weder eine Steuererhöhung noch eine Umverteilung der Steuerlast vorsehe. So pflichteten 82 Prozent der Ja-Stimmenden und 52 Prozent der Nein-Stimmenden diesem Argument bei. Für letztere war dieses Argument allerdings nicht Grund genug, die neue Finanzordnung zu billigen.

Tabelle 4-5: Anklang der Pro- und Kontra-Argumente (in % der Stimmenden)

Pro-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	Weiss nicht
„Der Bund braucht die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer und der Mehrwertsteuer, um seine Aufgaben auch in Zukunft zu erfüllen.“	Total	89	9	2
	Ja-Stimmende	95	4	1
	Nein-Stimmende	59	35	6
„Die neue Finanzordnung ist eine Fortsetzung des Status Quo: Sie sieht weder eine Steuererhöhung noch eine Umverteilung der Steuerlast vor.“	Total	78	13	9
	Ja-Stimmende	82	10	7
	Nein-Stimmende	52	28	20
Kontra-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	Weiss nicht
„Das Wachstum vom Staat muss gebremst werden. Der Bund soll sparen, viele Bundesaufgaben sind überflüssig.“	Total	48	49	4
	Ja-Stimmende	43	54	3
	Nein-Stimmende	70	22	8
„Eine Verlängerung von der neuen Finanzordnung um 15 Jahre ist zu lang; das Volk und die Kantone müssen sich häufiger äussern können.“	Total	48	49	2
	Ja-Stimmende	43	55	2
	Nein-Stimmende	77	19	5

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 89 % aller Stimmenden (sowie 95 % aller Ja-Stimmenden bzw. 59 % aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument, wonach der Bund die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer und der Mehrwertsteuer brauche, um seine Aufgaben auch in Zukunft zu erfüllen, bei 9 % aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 2 % antworteten mit «Weiss nicht». Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. N für alle Argumente Total 1076, Ja-Stimmende 970, Nein-Stimmende 106.

Das Kontra-Argument, wonach das Staatswachstum gebremst werden müsse und der Bund sparen solle, da viele Bundesaufgaben überflüssig seien, stiess bei der Gegnerschaft der neuen Finanzordnung wenig überraschend auf grosse Zustimmung (70%). Dieser Ansicht waren insbesondere politisch rechts gesinnte Personen. Dieses Argument überzeugte die Mehrheit der Ja-Stimmenden hingegen nicht (54% nicht einverstanden).

Das zweite Kontra-Argument, wonach eine Verlängerung der neuen Finanzordnung um 15 Jahre zu lang sei, hat die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am stärksten polarisiert. Drei Viertel der Nein-Stimmenden wünschen sich eine kürzere Befristung, während nur 43 Prozent der Befürwortenden dieser Meinung waren. Eine genauere Analyse nach Parteisympathie zeigt, dass bei den Nein-Stimmenden lediglich die Sympathisantinnen und Sympathisanten der SVP diesem Argument zu mehr als 50 Prozent zustimmten. Dies erinnert an die Beratungen im Parlament, als die SVP eine kürzere Befristung beantragte, während SP und Grüne auf eine Befristung verzichteten und dem Bund definitiv das Recht zur Erhebung der beiden Steuern gewähren wollten.

5. Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren (Abschaffung der Billag-Gebühren)»

Die Ausgangslage

Im Dezember 2015 reichte ein Initiativkomitee bestehend aus Vertretern der Jungfreisinnigen, der Jungen SVP und libertären Kreisen die Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren (Abschaffung der Billag-Gebühren)» ein. Die sogenannte No-Billag-Initiative verlangte die Abschaffung der Empfangsgebühr für Radio und Fernsehen. Ferner sollte der Bund verpflichtet werden, Radio- und TV-Sender nicht aus anderen Mitteln zu subventionieren, in Friedenszeiten keine eigenen Sender zu betreiben sowie regelmässig Konzessionen für Radio- und Fernsehstationen zu versteigern.

Die Billag-Gebühren stellen einen wesentlichen Teil der Finanzierung der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) sowie von 21 Lokalradios und 13 regionalen TV-Sendern dar. Diese erfüllen einen Service-Public-Auftrag, indem sie alle vier Sprachregionen mit einer umfassenden Berichterstattung in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Kultur und Sport versorgen.

Die Initiantinnen und Initianten kritisierten die Billag-Gebühr als eine Zwangsabgabe, welche die Entscheidungsfreiheit jedes Einzelnen einschränke und seine Kaufkraft verringere. Zudem werde die SRG durch die Gebührenunterstützung privilegiert und behindere die privaten Anbieter. Die Abschaffung der Billag-Gebühren solle somit für eine finanzielle Entlastung von Haushalten und Unternehmen und für mehr Medienvielfalt dank einem faireren Wettbewerb.

Bundesrat und Parlament empfahlen die No-Billag-Initiative zur Ablehnung. Sie argumentierten, der Wechsel zu einer rein kommerziellen Finanzierung gefährde die Medienvielfalt, insbesondere in Randregionen mit kleinem Werbemarkt, und die unabhängige politische Berichterstattung. Die FDP, CVP, SP, Grünen, BDP und die GLP warben ebenfalls für ein Nein zur Initiative. Neben der SVP, die sich in der parlamentarischen Debatte erfolglos für einen Gegenvorschlag zur Begrenzung der Gebühr auf höchstens 200 Franken eingesetzt hatte, empfahlen nur die EDU sowie die Jungparteien von FDP und SVP ein Ja. Bei den Wirtschaftsverbänden setzte sich die *economiesuisse* gegen die Initiative ein, während sich der Gewerbeverband für die Initiative aussprach.

Nach einem aussergewöhnlich frühen Kampagnenstart stiess die No-Billag-Initiative auf überdurchschnittlich starkes Medieninteresse.¹⁷ Die Initiative wurde schliesslich von 71.6 Prozent der Stimmenden und allen Ständen deutlich verworfen.

Der Stimmenscheid nach sozialen und politischen Merkmalen

Soziodemographische Merkmale spielten für den Stimmenscheid zur No-Billag-Initiative nur eine untergeordnete Rolle. Die Initiative wurde zwar von allen sozialen Merkmalsgruppen deutlich abgelehnt. Der Zuspruch zur Initiative variierte indes zwischen verschiedenen Gruppen (Tabelle 5-1). Männer standen dem Volksbegehren zwar leicht positiver gegenüber als Frauen (32% bzw. 25% Ja-Anteil), aber dieser Unterschied ist statistisch nicht signifikant. Dagegen unterschied sich die Zustimmungsraten zwischen den Altersklassen. Obwohl in der Debatte zu No-Billag oft von den neuen Mediengewohnheiten der Jungen die Rede war, lag der Ja-Stimmenanteil mit 20 Prozent ausgerechnet in der Gruppe der 18- bis 29-Jährigen am tiefsten. Am häufigsten sprachen sich die 40- bis 49-Jährigen für die No-Billag-Initiative aus (40% Ja-Anteil). Die subjektive Einkommenssituation spielte ebenfalls eine gewisse Rolle für den Stimmenscheid. Im Abstimmungskampf hatte die Befürworterschaft argumentiert, die Abschaffung der Billag-Gebühren entlaste vor allem die einkommensschwächsten Haushalte. Stimmende, die angaben, mit ihrem Einkommen kaum über die Runden zu kommen, legten tatsächlich häufiger ein Ja in die Urnen als solche, die ihre Einkommenssituation positiv beurteilten (44% bzw. 27% Ja). Eine ähnliche, wenngleich statistisch nicht signifikante, Tendenz zeigt sich, wenn der Entscheid nach objektiver

¹⁷ Abstimmungsmonitor des fög zu den Vorlagen vom 4. März 2018 (Stand 3. März 2018). (<http://www.foeg.uzh.ch/de/analyse/alleanalysen/Update-Abstimmungen-vom-4.-M%C3%A4rz-2018.html>).

Einkommenssituation (Äquivalenzeinkommen) aufgeschlüsselt wird: Stimmende aus der tiefsten Einkommensklasse standen der Abschaffung der Billag-Gebühren positiver gegenüber als Gutverdienende (37% bzw. 24% Ja). Personen, die das Haushaltseinkommen selbst oder hauptsächlich erbringen (Hauptverdienende), stimmten der No-Billag-Initiative eher zu als Stimmende, die weniger oder nichts zum Haushaltseinkommen beitragen (35% bzw. 23%). Zwar sind unter den Hauptverdienenden Männer deutlich übervertreten (77%), doch liegt die Zustimmungsrate zur Initiative auch bei weiblichen Hauptverdienerinnen signifikant höher als bei Frauen, die weniger zum Haushaltseinkommen beisteuern (31% bzw. 22%).

Tabelle 5-1: Stimmverhalten nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V/ Stichprobenfehler
Total	28	1196	
Geschlecht			V = n.s.
Männer	32	600	+/-3.7
Frauen	25	596	+/-3.5
Alter			V = 0.13*
18-29 Jahre	20	100	+/-7.9
30-39 Jahre	21	93	+/-8.3
40-49 Jahre	40	161	+/-7.6
50-59 Jahre	27	265	+/-5.3
60-69 Jahre	31	267	+/-5.6
70 Jahre und älter	27	310	+/-5.0
Subjektive Einschätzung Einkommenssituation: Reicht Nettoeinkommen aus?			V = 0.10*
Ja	27	878	+/-2.9
Mehr oder weniger	30	222	+/-6.0
Nein	44	82	+/-10.8
Äquivalenzeinkommen			V = n.s.
1. Quartil (bis 3'500 CHF)	37	233	+/-6.2
2. Quartil (3'501-4'910 CHF)	27	248	+/-5.5
3. Quartil (4'911-6'720 CHF)	27	290	+/-5.1
4. Quartil (>6'720 CHF)	24	241	+/-5.4
Hauptverdiener			V = 0.13**
Ja	35	505	+/-3.7
Nein	23	511	+/-4.2

Politische Haltungen waren für den Stimmentscheid erheblich bedeutsamer als soziodemographische Faktoren (Tabelle 5-2). Ein wichtiger Faktor war das Vertrauen in den Bundesrat: Misstrauende sprachen sich zu drei Vierteln für die No-Billag-Initiative aus, während sie Personen mit hohem Vertrauen in den Bundesrat grossmehrheitlich verwarfen (81% Nein-Stimmenanteil).

Parteisympathien spielten ebenfalls eine wichtige Rolle. Die Stimmenden folgten mehrheitlich den Parolen ihrer bevorzugten Parteien. Besonders parteiliniertreu zeigten sich die Anhängerschaften von Grünen, SP, GLP und CVP, die das Volksbegehren mit Nein-Stimmenanteilen zwischen 90 und 84 Prozent wuchtig ablehnten. Sympathisierende der FDP brachten der Abschaffung der Billag-Gebühr zwar etwas mehr Sympathien entgegen, verwarfen die Initiative mit einer knappen Dreiviertel-Mehrheit aber ebenfalls klar. Bei der SVP verweigerten deutlich mehr Stimmende ihrer Partei die Gefolgschaft. Zwar erzielte die No-Billag-Initiative bei den SVP-Sympathisierenden entsprechend der Parteiparole eine Mehrheit, doch fiel diese mit einem Ja-Stimmenanteil von 54 Prozent relativ knapp aus. Die Parteungebundenen schlugen sich mehrheitlich ins Nein-Lager (63% Nein).

Gegensätze zeigten sich auch auf der Links-Rechts-Achse. Während die No-Billag-Initiative linksausen fast unisono abgelehnt wurde (94% Nein), stiess sie in der politischen Mitte und leicht rechts davon zwar auf mehr Gehör, verfehlte die Mehrheit aber dennoch deutlich (70% bzw. 65% Nein). Lediglich rechtsausen waren die Meinungen tief gespalten (49% Ja-Anteil).¹⁸

Tabelle 5-2: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden, gewichtet)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V/ Standardfehler
Total	28	1196	
Vertrauen in den Bundesrat (0-10)			V = 0.36***
sehr gering bis gering (0-4)	77	76	+/-9.5
mittel (5)	40	113	+/-9.1
hoch (6,7)	25	441	+/-4.1
sehr hoch (8-10)	19	556	+/-3.3
Parteisympathie			V = 0.33***
FDP	27	225	+/-5.8
CVP	16	123	+/-6.5
SP	14	253	+/-4.3
SVP	54	161	+/-7.7
GLP	15	53	+/-9.8
Grüne	10	54	+/-8.1
andere Partei	17	54	+/-10.2
keine	37	251	+/-6.0
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.26***
Linksausen (0-2)	6	88	+/-5.1
Links (3,4)	16	254	+/-4.5
Mitte (5)	30	415	+/-4.4
Rechts (6,7)	35	254	+/-5.9
Rechtsausen (8-10)	49	127	+/-8.7

¹⁸ Dass No-Billag auch rechtsausen keine Mehrheit erzielte liegt daran, dass sich rund ein Viertel der SVP-Gefolgschaft in der politischen Mitte verortet, knapp ein Drittel rechts der Mitte und nur 39 Prozent rechtsausen.

Wertehaltung: Solidarität vs. Eigenverantwortung			V = 0.28***
Solidarität wichtiger	17	342	+/-4.0
Gemische Wertehaltung	22	480	+/-3.7
Eigenverantwortung wichtiger	47	314	+/-5.5
Wertehaltung: Privatisierung der ehemaligen Staatsbetriebe vs. staatliche Kontrolle			V = 0.23***
Vollständige Privatisierung	53	126	+/-8.7
Gemischte Wertehaltung	27	306	+/-5.0
Bund behält Kontrolle	23	734	+/-3.0

Wertehaltungen prägten den Stimmentscheid ebenfalls. Um gleichwertige Programme in allen Landesteilen zu ermöglichen, verteilt die SRG ihre Einnahmen aus der Billag-Gebühr nach dem Solidaritätsprinzip zwischen den Sprachregionen: Obwohl fast drei Viertel der Gebühreneinnahmen aus der Deutschschweiz stammen, erhält diese davon weniger als die Hälfte. Stimmende, die Solidarität in der Schweiz für wichtiger halten als Eigenverantwortung, erteilten der No-Billag-Initiative mit einem Nein-Stimmenanteil von 83 Prozent denn auch eine deutliche Abfuhr. Umgekehrt verwarfen jene, die Eigenverantwortung höher gewichten als Solidarität das Volksbegehren nur knapp (53% Nein). Die Haltung der Stimmenden zu Privatisierungen war ein weiterer Erklärungsfaktor für den Stimmentscheid. Zwar ist die SRG kein Staatsbetrieb, wird aber in der Öffentlichkeit aufgrund ihres Service-Public-Auftrags häufig als solcher wahrgenommen. Entsprechend fand die No-Billag-Initiative bei jenen eine Mehrheit, die eine vollständige Privatisierung ehemaliger Staatsbetriebe befürworten (53% Ja-Anteil). Wer es hingegen vorzieht, dass der Bund die Kontrolle über Staatsbetriebe behält, lehnte die Abschaffung der Billag-Gebühren mit hoher Wahrscheinlichkeit (77%) ab.

Obwohl die Initiative die Abschaffung der Billag-Gebühren verlangte und nicht direkt die SRG ins Visier nahm, spielte die Haltung zur SRG und deren Programme im Abstimmungskampf eine wichtige Rolle. Daher haben wir in dieser Befragung auch das Vertrauen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in die SRG ermittelt sowie gefragt, wie sie die Qualität der SRG-Programme (Radio und TV) beurteilen und wie häufig sie diese konsumieren. Zunächst lässt sich festhalten, dass die SRG in der Bevölkerung grosses Vertrauen geniesst: 73 Prozent der Befragten bringen ihr hohes oder sehr hohes Vertrauen entgegen. Zwischen den Sprachregionen gibt es dabei keine nennenswerten Unterschiede, zwischen den Parteienhängerschaften hingegen schon. Während 83 Prozent der SP- und 81 Prozent der CVP-Anhängerschaft der SRG ein hohes oder sehr hohes Vertrauen aussprachen, waren es bei den SVP-Sympathisierenden lediglich 56 Prozent. Das SRG-Angebot wird geschätzt: 70 Prozent der Befragten gaben an, das SRG-Angebot täglich zu nutzen und 69 Prozent beurteilten die Qualität der Programme als gut bis sehr gut. Diese Anteile sind in allen drei Sprachregionen ähnlich gross. Hingegen zeigten sich Sympathisierende der CVP mit der Qualität des Angebots am zufriedensten (83% gut bis sehr gut) und sind auch unter den täglichen Konsumentinnen und Konsumenten deutlich übervertreten (81%). 18- bis 29-Jährige gaben zwar wesentlich seltener an, die SRG-Programme täglich zu nutzen (38%) als ältere Befragte, zeigten sich aber mit der Qualität der Programme ebenso zufrieden (70% gute bis sehr gute Qualität).

Diese drei Faktoren – das Vertrauen in die SRG, die persönliche Beurteilung der SRG-Programme sowie deren Konsumhäufigkeit – wirkten sich auch wesentlich auf den Stimmentscheid aus (Tabelle 5-3).

Tabelle 5-3: Die Rolle der SRG für das Stimmverhalten (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V/ Standardfehler
Total	28	1196	
Vertrauen in die SRG (0-10)			V = 0.47***
sehr gering bis gering (0-4)	73	107	+/-8.4
mittel (5)	46	165	+/-7.6
hoch (6,7)	21	446	+/-3.8
sehr hoch (8-10)	10	463	+/-2.8
Qualität der SRG-Programme (Radio und TV) (0-10)			V = 0.46***
Schlecht bis sehr schlecht (0-4)	72	66	+/-11.0
Durchschnittlich (5-6)	53	266	+/-6.0
Gut bis sehr gut (7-10)	14	851	+/-2.3
Häufigkeit des Konsums der SRG-Programme (Radio oder TV)			V = 0.31***
Weniger als einmal wöchentlich oder nie	70	52	+/-12.5
Ein- oder mehrmals wöchentlich	39	243	+/-6.2
Täglich	20	901	+/-2.6

Das Vertrauen in die SRG spielte für den Stimmentscheid eine wichtige Rolle: Während Stimmende mit hohem oder sehr hohem Vertrauen in die SRG die No-Billag-Initiative klar ablehnten (mit 79% bzw. 90% Nein-Anteil), legten fast drei Viertel der Misstrauenden ein Ja ein. Die Initiative fand ausserdem bei jenen eine Mehrheit, die die Qualität der SRG-Programme als durchschnittlich (53% Ja) oder (sehr) schlecht (72% Ja) bemängelten oder diese nie oder weniger als wöchentlich konsumieren (70% Ja).

Die Motive

Auch zur No-Billag-Initiative wurden die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. Nein mit einer offenen Frage erhoben und manuell codiert und zusammengefasst. Die folgenden Tabellen geben an, wie häufig ein Motiv als erstes genannt wurde (Erstnennungen bzw. Hauptgrund) und wie häufig es insgesamt von den Ja- bzw. Nein-Stimmenden genannt wurde (alle Nennungen).

Bei den **Ja-Motiven** dominierte die Kritik an den Billag-Gebühren, insbesondere an der Höhe der Empfangsgebühr für Privathaushalte (Tabelle 5-4). Gut jede/r vierte Ja-Stimmende monierte, der (aktuelle oder künftige) Betrag der Gebühr sei zu hoch und müsse reduziert werden, sodass die Haushalte sparen können.¹⁹ Bei französischsprachigen Ja-Stimmende war diese Ansicht besonders verbreitet. Weitere Kritik wurde an der Gebühr für Betriebe sowie am Unternehmen Billag laut (9%). Die Kritik an der SRG folgte auf Platz zwei der am häufigsten genannten Ja-Motive. Ein Viertel der Erstnennungen fallen in diese Kategorie. Gar die Hälfte aller Ja-Stimmenden äusserte Kritik an der SRG (alle Nennungen), wobei die meisten die Qualität des Angebots kritisierten. Libertäre Argumente folgten auf Platz drei mit 17 Prozent der Erstnennungen und 29 Prozent aller Nennungen, wobei die Kritik an der Zwangsgebühr und der Wunsch nach Entscheidungsfreiheit des Einzelnen wichtiger waren als der Wettbewerb im freien Markt. Nicht selten wurden auch sehr allgemeine Begründungen genannt (9% Erstnennungen). In diese Kategorie entfiel hauptsächlich die Aussage, man müsse ein Zeichen setzen und etwas tun.

¹⁹ Derzeit entrichten Haushalte mit einem Empfangsgerät einen Jahresbeitrag von 451 Franken. Ab 2019 wird diese Gebühr durch eine geräteunabhängige Abgabe von 365 Franken pro Jahr und Haushalt ersetzt. Unternehmen zahlen dann ab einem Jahresumsatz von 0.5 Mio. Franken eine nach Umsatz abgestufte Abgabe.

Tabelle 5-4: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Kritik an Billag-Gebühren	36		47	
Höhe der Billag-Gebühren	27	65	34	81
Anderer Bezug zu Gebühren (z.B. „Unternehmen sollen nicht zahlen“, Kritik am Unternehmen Billag)	9	22	13	30
Kritik an der SRG	25		50	
Qualität des Angebotes (z.B. „Programme sind schlecht“, „die SRG ist linkslastig“)	10	25	22	52
SRG verursacht zu hohe Kosten	6	13	12	29
Anderer Bezug zur SRG (z.B. „Vetterliwirtschaft“, „Arroganz“, „SRG kann weiter existieren“)	9	22	16	38
Libertäre Argumente	17		29	
Gegen Gebührenpflicht/für Entscheidungsfreiheit	12	29	23	55
Freier Wettbewerb	5	11	6	13
Allgemeines („man muss etwas tun“, „gute Sache“, etc.)	9	20	12	28
Empfehlungen (Bundesrat, Parteien, Andere)	1	2	1	3
Diverse Motive (z.B. „kostenlose Information im Internet“)	2	5	7	17
Verwechslungen	6	14	6	14
Weiss nicht/ keine Antwort	4	10	4	10
Total	100	238	156	371

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen gefragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Bei den **Nein-Motiven** dominierten mit 43 Prozent der Erstnennungen (und drei Viertel aller Nennungen) positive Bezüge zum Service public (Tabelle 5-5). Die Hälfte dieser Antwortkategorie entfällt auf den Solidaritätsgedanken: Diese Nein-Stimmenden sprachen sich für ein vielfältiges Informationsangebot in allen Regionen aus, welches für den nationalen Zusammenhalt und die direkte Demokratie wichtig sei. Zehn Prozent wollten mit ihrer Ablehnung der No-Billag-Initiative primär die Qualität des Journalismus erhalten, d.h. eine neutrale, objektive und unabhängige Berichterstattung. Eine ebenso grosse Gruppe Nein-Stimmender bekannte sich ganz allgemein zum Service public. Die zweitwichtigste Motivgruppe der Nein-Stimmenden bezog sich explizit auf die SRG. Gut ein Viertel aller Hauptgründe entfiel in diese Kategorie. Dabei gaben 15 Prozent der Befragten als Hauptgrund an, die SRG müsse erhalten bleiben und brauche die Einnahmen aus der Billag-Gebühr. Dieses Motiv war von den Tessinerinnen und Tessinern noch etwas öfter zu hören (20%). Elf Prozent der Nein-Stimmenden begründeten ihren Entscheid primär mit der Qualität der SRG-Programme; in der Romandie war dieses Argument mit 17 Prozent der Erstnennungen sogar das meistgenannte Ja-Motiv.

Finanzielle und wirtschaftliche Gründe stellten die dritte Motivgruppe dar, wobei in dieser Gruppe am häufigsten mit der Höhe der Empfangsgebühr argumentiert wurde. Zwölf Prozent der Nein-Stimmenden gaben an, der Betrag der Billag-Gebühr sei angemessen oder äusserten die Sorge, dass anstelle der Billag-Gebühr für Pay-TV-Angebote unter dem Strich mehr bezahlt werden müsse oder eine andere Steuer eingeführt würde. Nur ein sehr kleiner Teil der Nein-Stimmenden (3%) begründete den Stimmentcheid primär mit der Angst vor einer Auslandabhängigkeit oder der Marktdominanz von finanzstarken Grossinvestoren (z.B. „gegen Tele-Blocher“). Noch seltener wurde mit der Sorge um Arbeitsplatz-

verlust argumentiert. Nur im Tessin, wo die RSI nach der Kantonsverwaltung der zweitgrösste Arbeitgeber ist, spielte dieses Motiv mit 8 Prozent der Erstnennungen eine gewisse Rolle. Letztlich spielten allgemeine Gründe auch bei den Nein-Stimmenden eine gewisse Rolle (9% Erstnennungen). Dabei handelte es sich hauptsächlich um die Ansicht, man müsse zwar etwas machen, aber die Initiative sei zu radikal.

Tabelle 5-5: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Positiver Bezug zum Service public	43		75	
Vielfältige Informationen in allen Regionen, Solidarität	20	222	37	353
Qualität der Information (z.B. „neutraler, unabhängiger Journalismus“)	10	96	17	161
Allgemeines Bekenntnis zum Service public	10	94	17	167
Positiver Bezug zur SRG	26		39	
Zukunft der SRG (z.B. SRG erhalten/stärken, gegen die Privatisierung der SRG)	15	144	20	197
Qualität der SRG-Programme	11	110	19	187
Finanzielle und wirtschaftliche Gründe	15		34	
Kosten der Billag-Gebühr (z.B. Betrag angemessen, andere/höhere Kosten ohne Billag)	12	114	22	215
Abhängigkeit von grossen/ausländischen Investoren	3	32	8	74
Arbeitsplatzverlust verhindern	1	13	4	43
Allgemeines („geht nicht, zu radikal“, etc.)	9	87	11	110
Empfehlungen (Bundesrat, Parteien, Andere)	1	12	3	29
Diverse Motive	<1	9	3	28
Verwechslung	1	10	1	10
Weiss nicht/ keine Antwort	3	24	3	24
Total	100	967	165	1599

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen gefragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb hier höher als 100 Prozent.

Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Den Befragten wurden auch zur No-Billag-Initiative verschiedene Pro- und Kontra-Argumente vorgelegt, denen sie zustimmen oder die sie ablehnen konnten (Tabelle 5-6). Relevant für die Analyse dieser Argumente war nicht nur die Zustimmung oder Ablehnung insgesamt, sondern auch welche Argumente die Ja- und Nein-Stimmenden spalteten. Grosse Unterschiede in der Bewertung der Argumente zwischen den beiden Lagern sind Hinweise darauf, dass diese Argumente für den Entscheid besonders relevant waren.

Das Argument, wonach die SRG zu gross und zu teuer geworden sei und ihr Angebot reduzieren solle, fand als einziges Pro-Argument bei einer Mehrheit der Stimmenden Zuspruch. Vier von fünf Ja-Stimmenden zeigten sich damit einverstanden und sogar die Hälfte der Nein-Stimmenden ist der Ansicht, die SRG solle sparen. Dieser Befund ist insofern bemerkenswert, als wie oben gezeigt eine grosse Mehrheit der Befragten (70%) die Qualität der SRG-Programme positiv beurteilt und auch die meisten Befragten dieses Angebot an Radio oder Fernsehen täglich nutzen. Ein genauerer Blick auf die Haltung der Nein-Stimmenden zeigt, dass in der Deutschschweiz eine knappe Mehrheit (54%) der Meinung ist,

die SRG sei zu gross und zu teuer geworden, während in der Romandie eine Mehrheit der Nein-Stimmenden (58%) dieses Argument zurückweist. Im Tessin sind die Nein-Stimmenden zu dieser Frage tiefer gespalten (48% einverstanden, 47% nicht einverstanden). Ausserdem zeigt sich, dass die Ansicht, die SRG sei zu gross und zu teuer, hauptsächlich bei Nein-Stimmenden verbreitet ist, die sich rechts der politischen Mitte verorten und mit der FDP oder der SVP sympathisieren. Die Anhängerschaften anderer Parteien sowie Nein-Stimmende, die sich im politischen Spektrum links oder linksausser positionieren, lehnen dieses Argument hingegen ab. Überraschen mag ausserdem, dass die Zustimmung zu diesem Argument mit steigendem Alter eher zunimmt. So stimmten nur gerade 42 Prozent der 18- bis 29-Jährigen Befragten (Ja- und Nein-Stimmende) dem Argument zu, während es bei den Seniorinnen und Senioren (ab 60 Jahren) zwei Drittel waren. Dies ist ein weiterer Hinweis darauf, dass die SRG auch bei den Jungen, die an die Urnen gingen, grossen Rückhalt genießt. Insgesamt zeigt sich aber, dass die Debatte um die Zukunft der SRG trotz der deutlichen Ablehnung der No-Billag-Initiative wohl nicht beendet ist, da sich viele Stimmende bei der SRG Veränderungen wünschen, wie sie ja auch vom Unternehmen selbst bereits angekündigt wurden.

Die anderen Pro-Argumente polarisierten zwischen den Ja- und Nein-Stimmenden. Dem Hauptargument des Initiativkomitees, wonach man die Bürger nicht mit einer Zwangsgebühr bevormunden und ihnen stattdessen Entscheidungsfreiheit lassen solle, stimmten die Ja-Stimmenden mit einer Dreiviertelmehrheit zu, während es die Nein-Stimmenden klar ablehnten. Zwar war die Kritik an der Gebührenpflicht nur für einen kleinen Teil der Ja-Stimmenden der Hauptgrund für ihren Stimmentscheid, wie oben gezeigt, doch stiess das Argument in der Befürworterschaft der Initiative dennoch auf grosse Resonanz.

Für den Stimmentscheid bedeutender war das Argument des Initiativkomitees, wonach die SRG auch ohne Billag-Gebühren weiter existieren könne – was von der Gegnerschaft und der SRG selber im Abstimmungskampf vehement bestritten wurde. Diese Frage spaltete die Nein- und Ja-Stimmenden am stärksten. 80 Prozent der Ja-Stimmenden gab sich überzeugt davon, dass eine Annahme der Initiative nicht das Ende der SRG bedeuten würde, während ein ebenso hoher Anteil der Nein-Stimmenden die Existenz der SRG ohne Billag-Gebühren in Gefahr sah.

Den geringsten Rückhalt fand das Pro-Argument, wonach die SRG die privaten Anbieter ersticke und die Abschaffung der Billag-Gebühr zu einer grösseren medialen Vielfalt beitrage. Die Nein-Stimmenden lehnten dieses Argument klar ab, aber auch die Ja-Stimmenden stimmten ihm nur zu rund zwei Dritteln zu.

Tabelle 5-6: Anklang der Pro- und Kontra-Argumente (in % der Stimmenden)

Pro-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	Weiss nicht
„Die SRG ist zu gross und zu teuer geworden. Sie soll ihr Angebot reduzieren.“	Total	58	37	5
	Ja-Stimmende	80	12	8
	Nein-Stimmende	50	47	3
„Man soll die Bürger nicht mit einer Zwangsgebühr bevormunden, sondern sie selber entscheiden lassen, für was sie bezahlen wollen.“	Total	38	59	2
	Ja-Stimmende	78	19	3
	Nein-Stimmende	22	76	2
„Die SRG kann auch ohne Billag-Gebühren weiter existieren. Für die guten Sendungen gibt es auch im freien Markt eine Nachfrage.“	Total	35	60	5
	Ja-Stimmende	80	12	7
	Nein-Stimmende	17	79	5
„Das Monopol der SRG erstickt die privaten Anbieter. Die Abschaffung der Billag-Gebühren führt zu einer grösseren Medienvielfalt im freien Wettbewerb.“	Total	32	63	5
	Ja-Stimmende	68	25	7
	Nein-Stimmende	18	77	4

Kontra-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	Weiss nicht
„Nur mit Billag-Gebühren gibt es in allen Landesteilen ein vielfältiges und gleichwertiges Informationsangebot.“	Total	77	20	3
	Ja-Stimmende	42	52	5
	Nein-Stimmende	91	7	2
„Die SRG leistet einen wichtigen Beitrag zum nationalen Zusammenhalt und zur Solidarität mit allen Sprachregionen.“	Total	86	12	2
	Ja-Stimmende	60	34	6
	Nein-Stimmende	97	3	0
„Ohne Billag-Gebühren müsste man unter dem Strich für ein vergleichbares Programm von privaten Anbietern viel mehr bezahlen.“	Total	61	31	8
	Ja-Stimmende	23	65	11
	Nein-Stimmende	76	18	7
„Die Abschaffung der Billag-Gebühren führt zur Abhängigkeit von privaten Geldgebern und ausländischen Konzernen. Das gefährdet die politisch unabhängige Berichterstattung.“	Total	66	30	4
	Ja-Stimmende	35	60	5
	Nein-Stimmende	78	19	4

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 58 % aller Stimmenden (sowie 80 % aller Ja-Stimmenden bzw. 50 % aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument, wonach die SRG zu gross und zu teuer geworden sei und ihr Angebot reduzieren solle, bei 37 % aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 5 % antworteten mit «Weiss nicht». Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. N für alle Argumente Total 1196, Ja-Stimmende 231, Nein-Stimmende 965.

Die Kontra-Argumente polarisierten insgesamt etwas weniger stark. Dem Argument, dass es nur mit Billag-Gebühren in allen Landesteilen ein vielfältiges und gleichwertiges Informationsangebot geben könne, pflichteten Nein-Stimmende fast unisono bei (91%), doch auch 42 Prozent der Ja-Stimmenden zeigten sich damit einverstanden. Dieses Argument erhielt in allen Grossregionen in etwa gleich starken Zuspruch.

Besonders hohe Zustimmung erzielte das Argument, wonach die SRG einen wichtigen Beitrag zum nationalen Zusammenhalt und zur Solidarität mit allen Sprachregionen leiste. Nein-Stimmende hiessen dieses Argument praktisch einstimmig gut (97%) und auch eine klare Mehrheit der Ja-Stimmenden pflichtete ihm bei (60%). Diese Haltung ist insofern nicht widersprüchlich, als eine Mehrheit der Ja-Stimmenden die Existenz der SRG durch die Abschaffung der Billag-Gebühren nicht gefährdet sah. Ja-Stimmende, die täglich Programme der SRG konsumieren oder deren Qualität als (sehr) gut erachten, anerkannten den Beitrag der SRG zum nationalen Zusammenhalt besonders häufig (70% bzw. 76%). Unter den Ja-Stimmenden, die mit der SVP sympathisieren, war allerdings nur eine Minderheit mit diesem Argument einverstanden (44%).

Die Angst, wonach man nach Abschaffung der Billag-Gebühren unter dem Strich für ein vergleichbares privates Angebot mehr zahlen müsse, war bei den Ja-Stimmenden relativ wenig verbreitet. Weniger als ein Viertel der No-Billag-Befürwortenden zeigten sich mit diesem Argument einverstanden. Bei den Nein-Stimmenden waren es insgesamt hingegen drei Viertel, bei der SP-Gefolgschaft sogar 84 Prozent.

Auch das Argument, wonach mit der Abschaffung der Billag-Gebühren eine hohe Abhängigkeit von privaten Investoren und ausländischen Konzernen und damit politische Einflussnahme drohe, war in der SP-Gegnerschaft zur Initiative am weitesten verbreitet. 90 Prozent der Nein-Stimmenden, die mit der SP sympathisieren, zeigten sich mit diesem Argument einverstanden, 78 Prozent insgesamt. Bei den Ja-Stimmenden erhielt das Argument immerhin von gut einem Drittel Zuspruch.

Anhang

Die vorliegende Analyse beruht auf der VOTO-Nachbefragung zum eidgenössischen Urnengang vom 4. März 2018, welche im Auftrag der Bundeskanzlei vom Forschungszentrum FORs in Lausanne, dem Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) und dem Forschungsinstitut LINK durchgeführt wurde. Verantwortlich für die Entwicklung und Übersetzung des Fragebogens waren FORs und das ZDA gemeinsam. Durchgeführt wurde die Befragung zwischen dem 6. März und dem 21. März 2018 von LINK. Für die Datenanalyse und den Bericht war FORs unter der Mitarbeit des Zentrums für Demokratie Aarau zuständig.

Die Datenerhebung

Der Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen (SRPH) des Bundesamtes für Statistik (BFS) bildete den Auswahlrahmen für die vorliegende Erhebung. Das SRPH baut auf den amtlichen Personenregistern auf, deren Daten im Rahmen des neuen Volkszählungssystems an das BFS geliefert und quartalsweise aufdatiert werden. Dadurch wird eine lückenlose Abdeckung der Zielpopulation (Schweizer Stimmberechtigte) gewährleistet. Die Grundgesamtheit aller Schweizer Stimmberechtigten wurde anschliessend in drei sprachregionale Schichten unterteilt, aus denen jeweils voneinander unabhängige Zufallsstichproben gezogen wurden. Die Gesamtstichprobe schliesslich ist disproportional geschichtet. Das heisst, dass die einzelnen Stichprobenschichten nicht proportional zu ihrer Verteilung in der Grundgesamtheit ausgewählt wurden. Die italienische und die französischsprachige Schweiz sind im Gesamtsample überproportional stark vertreten. Dies deshalb, um statistisch verlässliche Aussagen zum Stimmverhalten der beiden erwähnten kleineren Sprachregionen gewährleisten zu können. Für gesamtschweizerische Auswertungen wurde deshalb stets eine entsprechende Designgewichtung verwendet (siehe dazu den Abschnitt zur Gewichtung).

Die Stichprobe umfasst insgesamt 1'531 Befragte, wovon 50 Prozent aus der Deutschschweiz (n=770), 28 Prozent aus der französischsprachigen Schweiz (n=425) und 22 Prozent aus der italienischen Schweiz (n=336) stammen. Die mittlere Befragungsdauer betrug 23,2 Minuten.

Tabelle 0-1: Ausschöpfung der Adressen

	Anzahl	in %	in % gültiger Tel.nr.
Aktivierte konsolidierte Adressen (abzüglich Verstorbene, ins Ausland verzogene)	5055	100	
Unbekannt, ob zur Stichprobe gehörend (keine Telefonnummer, Nummer ungültig, Person unbekannt oder verzogen, Anrufbeantworter, Postretour, etc.)	1805	36	
Total Adressen mit gültiger Tel. Nr.	3250	64	100
Nicht erreicht (non contact)	790	15	24
Kontakt hergestellt	2460	49	76
Verweigerung, Gesundheitsprobleme, nach Kontakt nicht mehr erreicht, etc.	929	18	29
Total Interviews	1531	30	47

Zur Struktur der Stichprobe

Die am Urnengang Teilnehmenden sind in der einzig nach Design gewichteten Stichprobe deutlich übervertreten, die Abweichung (+25.6 Prozentpunkte) bewegt sich aber im gewohnten Rahmen. Die Abweichung zwischen designgewichteter Stichprobe und effektivem Resultat betrug beim materiellen Stimmentscheid zur Neuen Finanzordnung 2021 +6.6 Prozentpunkte und bei der Volksinitiative No-Billag -9.2 Prozentpunkte.

Zur Gewichtung

In einem ersten Schritt wurde eine Designgewichtung gebildet, um die designbedingte Verzerrung (d.h. die bewusste, disproportionale Schichtung nach Sprachregionen) zu korrigieren. In einem zweiten Schritt wurde sodann eine Non-Response-Gewichtung vorgenommen, um die nicht-zufällige Verteilung der Respondenten auszugleichen. Dabei wurden die beiden Hauptgründe für Non-Response, Nicht-Erreichbarkeit während der Feldzeit und Verweigerung nach einem Kontakt, unterschieden. Diese Unterscheidung empfiehlt sich, weil die Ursachen für die beiden Hauptgründe von Non-Response häufig entgegengesetzt sind: Nicht Erreichbare sind beruflich und sozial oft aktiv, jünger und stammen aus kleineren Haushalten. Verweigerer zeichnen sich oft durch eine geringere Aktivität aus und partizipieren politisch auch weniger. Eine aggregierte Non-Response-Gewichtung würde diesen Unterschieden nicht gerecht werden. Wir schätzten deshalb mittels einer logistischen Regression zuerst die Wahrscheinlichkeit, kontaktiert zu werden. Basierend auf dieser Schätzung wird das Kontaktgewicht (Propensity-Gewichtung) berechnet. Im zweiten Schritt wird für die Kontaktierten unter Verwendung desselben Verfahrens die Wahrscheinlichkeit geschätzt, zu kooperieren. Bei beiden Modellen werden sozio-demographische Variablen aus dem Register sowie über die Stichprobenmitglieder während der Befragung gesammelte Informationen (wie die Anzahl erfolgloser Kontaktversuche) verwendet. In die Schätzung der Kontaktierbarkeit fließt neben dem Designgewicht und der Erreichbarkeit die Information ein, ob ein Festnetztelefon vorhanden ist oder nicht. Auch die Wahrscheinlichkeit, ein Festnetztelefon zu besitzen, wird mittels einer logistischen Regression mit Hilfe der sozio-demographischen Variablen aus dem Register berechnet. Die Multiplikation von Kontakt- und Kooperationsgewicht und Normierung ergeben sodann das Non-Response-Gewicht. Im letzten Schritt wird dieses Gewicht für Respondenten noch an die tatsächliche Abstimmungsbeteiligung und den tatsächlichen Stimmentscheid angepasst (Kalibrierung).

Zur Inferenz

Befragungswerte unterliegen stets einem Zufallsfehler. Im vorliegenden Bericht wurde jeweils das 95%-Konfidenzintervall ausgewiesen. Dieses Intervall gibt die Bandbreite (doppelter Stichprobenfehler) an, innerhalb welcher der wahre Wert in der Grundgesamtheit mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent zu liegen kommt. Das Konfidenzintervall ist dabei vom Stichprobenumfang wie auch der Verteilung der Variablenwerte abhängig. Bei einem ausgeglichenen Verhältnis von Ja- und Nein-Stimmenanteilen (d.h. einem Anteil von 50 Prozent Ja-Stimmen und 50 Prozent Nein-Stimmen) und einem Stichprobenumfang von rund 1'000 Befragten beträgt der Stichprobenfehler +/-3.1 Prozentpunkte. Mit anderen Worten: Der tatsächliche Stimmenanteil würde in diesem Beispiel mit einer 95%-Wahrscheinlichkeit zwischen 46.9 und 53.1 Prozent (Konfidenzintervall) liegen. Dieser Zufallsfehler erhöht sich indessen mit abnehmender Befragtenzahl nach dem Wurzel-n-Gesetz (d.h. der Stichprobenfehler verändert sich umgekehrt proportional zur Quadratwurzel der Stichprobengrösse). Vor allem bei kleinen Subgruppen erhöht sich der Stichprobenfehler auf ein Mass, welches die statistische Aussagekraft der Stichprobenwerte erheblich beeinträchtigt.

Bei der Analyse des Stimmentscheides wurden immer nur die Unterschiede im materiellen Entscheid, d.h. zwischen Ja- und Nein-Stimmenden untersucht. Jene, die leer einlegten bzw. sich nicht erinnern konnten, wurden nicht berücksichtigt.

Tabellen

Tabelle 0-2: Beteiligung am Urnengang vom 4. März 2018 nach soziodemographischen und politischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten (gewichtete Resultate))

Merkmale	Stimmbeteiligung (%)	n	Cramérs V/ Standardfehler
Total	55	1531	
Geschlecht			V = n.s.
Männer	55	761	+/-3.5
Frauen	54	770	+/-3.5
Total	55	1531	
Alter			V = 0.26***
18-29 Jahre	35	164	+/-7.3
30-39 Jahre	43	133	+/-8.5
40-49 Jahre	46	218	+/-6.6
50-59 Jahre	61	332	+/-5.3
60-69 Jahre	70	316	+/-5.0
70 Jahre und älter	69	368	+/-4.7
Total	55	1531	
Äquivalenzeinkommen			V = 0.19***
1. Quartil (bis 3'500 CHF)	42	336	+/-5.3
2. Quartil (3'501-4'910 CHF)	56	311	+/-5.5
3. Quartil (4'911-6'720 CHF)	60	348	+/-5.2
4. Quartil (>6'720 CHF)	67	284	+/-5.5
Total	55	1279	
Bildungsgrad (Schulabschluss)			V = 0.24***
Ohne nachobligatorische Bildung	34	158	+/-7.4
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	49	650	+/-3.8
Maturität/höhere Berufsbildung	59	306	+/-5.5
Fachhochschule/Uni/ETH	73	412	+/-4.3
Total	55	1526	
Erwerbsstatus			V = 0.22***
Selbständig	60	137	+/-8.2
Angestellt	52	653	+/-3.8
Andere Erwerbspersonen	29	58	+/-11.8
Nicht-Erwerbsperson in Ausbildung	47	63	+/-12.4
Nicht-Erwerbsperson im Ruhestand	70	504	+/-4.0
Hausfrau/Hausmann	55	84	+/-10.7
Andere Nicht-Erwerbspersonen	29	28	+/-17.2
Total	55	1527	

Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.15*
Links aussen (0-2)	61	106	+/-9.3
Links (3,4)	64	301	+/-5.4
Mitte (5)	48	553	+/-4.2
Rechts (6,7)	62	306	+/-5.4
Rechts aussen (8-10)	64	153	+/-7.6
Total	57	1419	
Parteisympathie			V = 0.24***
FDP	72	258	+/-5.5
CVP	58	152	+/-7.9
SP	62	301	+/-5.5
SVP	51	213	+/-6.7
GLP	68	62	+/-11.8
Grüne	55	72	+/-11.6
andere Partei	74	67	+/-10.6
keine	39	374	+/-5.0
Total	55	1499	
Vertrauen in den Bundesrat (0-10)			V = 0.17***
sehr gering bis gering (0-4)	38	119	+/-8.7
mittel (5)	40	157	+/-7.7
hoch (6,7)	60	551	+/-4.1
sehr hoch (8-10)	58	690	+/-3.7
Total	55	1517	
Politisches Interesse			V = 0.45***
sehr interessiert	86	310	+/-3.8
eher interessiert	64	786	+/-3.4
eher nicht interessiert	36	343	+/-5.1
überhaupt nicht interessiert	9	91	+/-6.0
Total	55	1530	

Tabelle 0-3: Ja-Stimmenanteil zur Neuen Finanzordnung 2021 nach soziodemographischen und politischen Merkmalen (in % der Stimmenden (gewichtete Resultate))

Merkmale	Ja-Anteil (%)	n	Cramérs V/ Standardfehler
Total	84	1076	
Geschlecht			V = n.s.
Männer	82	574	+/-3.1
Frauen	86	502	+/-3.0
Total	84	1076	
Alter			V = n.s.
18-29 Jahre	88	87	+/-6.9
30-39 Jahre	91	83	+/-6.1
40-49 Jahre	85	141	+/-5.9
50-59 Jahre	81	244	+/-4.9
60-69 Jahre	88	246	+/-4.0
70 Jahre und älter	78	275	+/-4.9
Total	84	1076	
Äquivalenzeinkommen			V = n.s.
1. Quartil (bis 3'500 CHF)	84	198	+/-5.1
2. Quartil (3'501-4'910 CHF)	83	227	+/-4.9
3. Quartil (4'911-6'720 CHF)	82	276	+/-4.5
4. Quartil (>6'720 CHF)	90	224	+/-4.0
Total	85	925	
Bildungsgrad (Schulabschluss)			V = 0.15*
Ohne nachobligatorische Bildung	80	81	+/-8.8
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	78	435	+/-3.9
Maturität/höhere Berufsbildung	90	227	+/-3.9
Fachhochschule/Uni/ETH	89	331	+/-3.4
Total	84	1074	
Erwerbsstatus			V = n.s.
Selbständig	92	96	+/-5.6
Angestellt	83	457	+/-3.4
Andere Erwerbspersonen	81	28	+/-14.7
Nicht-Erwerbsperson in Ausbildung	98	40	+/-4.5
Nicht-Erwerbsperson im Ruhestand	81	384	+/-3.9
Hausfrau/Hausmann	81	52	+/-10.7
Andere Nicht-Erwerbspersonen	100	18	+/-0.0
Total	84	1075	

Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.15*
Links aussen (0-2)	94	83	+/-5.0
Links (3,4)	91	232	+/-3.6
Mitte (5)	79	366	+/-4.2
Rechts (6,7)	84	237	+/-4.7
Rechts aussen (8-10)	81	114	+/-7.2
Total	85	1032	
Parteisympathie			V = 0.22**
FDP	90	213	+/-4.0
CVP	84	112	+/-6.8
SP	90	230	+/-3.8
SVP	67	145	+/-7.7
GLP	84	51	+/-10.2
Grüne	90	48	+/-8.6
andere Partei	90	48	+/-8.5
keine	83	210	+/-5.1
Total	84	1057	
Vertrauen in den Bundesrat (0-10)			V = 0.32***
sehr gering bis gering (0-4)	51	67	+/-12.1
mittel (5)	68	97	+/-9.4
hoch (6,7)	85	403	+/-3.5
sehr hoch (8-10)	92	505	+/-2.3
Total	84	1072	
Politisches Interesse			V = 0.18***
sehr interessiert	89	284	+/-3.7
eher interessiert	86	600	+/-2.8
eher nicht interessiert	70	179	+/-6.7
überhaupt nicht interessiert	51	13	+/-28.3
Total	84	1076	

Tabelle 0-4: Ja-Stimmenanteil zur No-Billag-Initiative nach soziodemographischen und politischen Merkmalen (in % der Stimmenden (gewichtete Resultate))

Merkmale	Ja-Anteil (%)	n	Cramérs V/ Standardfehler
Total	28	1196	
Geschlecht			V = n.s.
Männer	32	600	+/-3.7
Frauen	25	596	+/-3.5
Total	28	1196	
Alter			V = 0.13*
18-29 Jahre	20	100	+/-7.9
30-39 Jahre	21	93	+/-8.3
40-49 Jahre	40	161	+/-7.6
50-59 Jahre	27	265	+/-5.3
60-69 Jahre	31	267	+/-5.6
70 Jahre und älter	27	310	+/-5.0
Total	28	1196	
Äquivalenzeinkommen			V = n.s.
1. Quartil (bis 3'500 CHF)	37	233	+/-6.2
2. Quartil (3'501-4'910 CHF)	27	248	+/-5.5
3. Quartil (4'911-6'720 CHF)	27	290	+/-5.1
4. Quartil (>6'720 CHF)	24	241	+/-5.4
Total	28	1012	
Bildungsgrad (Schulabschluss)			V = n.s.
Ohne nachobligatorische Bildung	39	99	+/-9.6
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	29	493	+/-4.0
Maturität/höhere Berufsbildung	30	245	+/-5.8
Fachhochschule/Uni/ETH	24	355	+/-4.4
Total	28	1192	
Erwerbsstatus			V = n.s.
Selbständig	32	104	+/-9.0
Angestellt	28	504	+/-3.9
Andere Erwerbspersonen	47	32	+/-17.6
Nicht-Erwerbsperson in Ausbildung	11	45	+/-9.2
Nicht-Erwerbsperson im Ruhestand	29	428	+/-4.3
Hausfrau/Hausmann	32	63	+/-11.6
Andere Nicht-Erwerbspersonen	6	18	+/-11.1
Total	28	1194	

Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.26***
Links aussen (0-2)	6	88	+/-5.1
Links (3,4)	16	254	+/-4.5
Mitte (5)	30	415	+/-4.4
Rechts (6,7)	35	254	+/-5.9
Rechts aussen (8-10)	49	127	+/-8.7
Total	28	1138	
Parteisympathie			V = 0.33***
FDP	27	225	+/-5.8
CVP	16	123	+/-6.5
SP	14	253	+/-4.3
SVP	54	161	+/-7.7
GLP	15	53	+/-9.8
Grüne	10	54	+/-8.1
andere Partei	17	54	+/-10.2
keine	37	251	+/-6.0
Total	28	1174	
Vertrauen in den Bundesrat (0-10)			V = 0.36***
sehr gering bis gering (0-4)	77	76	+/-9.5
mittel (5)	40	113	+/-9.1
hoch (6,7)	25	441	+/-4.1
sehr hoch (8-10)	19	556	+/-3.3
Total	28	1186	
Politisches Interesse			V = n.s.
sehr interessiert	24	289	+/-4.9
eher interessiert	28	656	+/-3.4
eher nicht interessiert	35	226	+/-6.2
überhaupt nicht interessiert	46	25	+/-19.9
Total	28	1196	